

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hülsen- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Zeit stark.

Das Leben will eine starke Hand,
Daß seine Farsen erklingen.
Laut schlagen die Wellen an den Strand
Da hilft kein zirpendes Singen.
Es will das Leben ein starkes Herz,
Gemacht zu gewaltigem Lieben,
Gemacht für einen gewaltigen Schmerz
Sonst bist du ein Votter geblieben!
Das Leben will einen starken Mut
Und eine wagende Seele.
Es will ein stolzes, ein feuriges Blut
Für seine großen Befehle.

M. Herberl.

„Zürich“ — „Berlin“.

Die maßlose Hetz- und Wählerarbeit der „Berliner“ Fachabteilungsführer gegen unsere christlichen Gewerkschaften hat eine eingehendere Abwehr notwendig gemacht. Wohl oder übel müssen die christlichen Gewerkschaften in ihren Versammlungen und Organen den hinterlistigen Verleumdungsfeldzug der „Berliner“ Drahtzieher zu parieren suchen. Wir sind dabei allerdings auf den ehrlichen Weg der öffentlichen Verteidigung angewiesen, während die Berliner durch die verächtliche „Hintertreppenverteigerung“ in bischöflichen Residenzen usw. ihre vergifteten Pfeile mit Vorliebe auf die christlichen Gewerkschaften abzuschießen versuchen. Zur Abwehr der schamlosen Hetze nimmt das „Zentralblatt“ Nr. 19 in längerer Ausführung Stellung, denen wir folgendes entnehmen.

Die Züricher internationale Konferenz war nicht als ein Kongreß gedacht zu dem Zwecke einer Einwirkung auf die Öffentlichkeit in diesen oder jenen Fragen. Innere Angelegenheiten der christlichen Gewerkschaften sollten dort vielmehr erörtert werden. Der Ausgang schon aus den Verhandlungsgegenständen her. Daran sollte durch einen grundsätzlichen Vortrag Gelegenheit gegeben werden zu einem Meinungsaustausch darüber, wie man sich den Charakter der christlichen Gewerkschaften in den einzelnen Ländern vorstellt, welche Ziele man ihnen steckt und mit welchen Mitteln man diese zu verwirklichen gedenkt. Von einer allgemeinen Presseberichterstattung über die Konferenz war ursprünglich ganz abgesehen. Dieser Plan wurde erst fallen gelassen, nachdem ein Berliner Korrespondenzbureau, das der christlichen Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen feindlich gegenüber steht, in Folge eines Mißverständnisses einen eigenen Vertreter nach Zürich entsandt hatte. Letzteren wollte man nicht ununterrichteter Dinge wegschicken, und so wurde die Berichterstattung im allgemeinen freigegeben, jedoch mit der Maßgabe, nicht zu breit zu berichten; man sei hier auf keinem Kongresse versammelt, sondern auf einer mehr internen Konferenz. Die eingeschränkte Berichterstattung wuchs sich in diesem Falle zum Nachteil aus. Es wurden von einigen Rednern Ausführungen von mehr als viertelstündiger Dauer mit Bezug auf die Stellung der holländischen Bischöfe zu den christlichen Gewerkschaften in wenigen Zeilen zusammengezogen, wodurch die Motive des Redners und der Zusammenhang des Gesagten völlig ungenügend erkennbar waren; einzelne Wendungen gelangten zudem noch verhärtet in die Presse.

Trotzdem hat diejenige Presse, die man als die „katholische“ zu bezeichnen pflegt, und der in diesem Falle besonders das Recht zur Kritik zugestanden hätte, eine vornehme Zurückhaltung beobachtet; eine Ausnahme davon machten nur die Zeitungen, die von den Matadore der Berliner Fachabteilungen gepfeift werden und in deren Fahrwasser segeln: „Der Arbeiter“, „Berlin“, „Trierische Landeszeitung“, „Neunhüßener Zeitung“, „Rhein- und Niederrhein-Zeitung“ usw. Diese spielen schon seit Jahren die unbeauftragten Ka-

pitolswächter der kirchlichen (katholischen) Autorität und glaubten mit den bezeichneten Wendungen in Zürich einen geeigneten Vorwand zu haben, um anzuholen zu einem ersatzversprechenden großen Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften. Vorbereitet und bearbeitet war dieser Plan schon seit Jahren. Es ist bald offenes Geheimnis, daß insbesondere Herr v. Savigny systematisch und in aufdringlicher Weise den einzelnen Bischöfen häufig wider Willen Besuche aufsucht und sie gegen die interprofessionellen christlichen Gewerkschaften zu bearbeiten versucht; nachgeholfen wird diesem Bestreben durch den hiesigen Verband des Berliner „Arbeiter“ und schließlich aus allen Winden zusammengeputzten und kunstlos feilgekauften Materials gegen die christlichen Gewerkschaften an die kirchlich einflussreichen Stellen.

Wie die angefeindeten Ausführungen gemacht wurden und in welchem Zusammenhang, geht aus dem in der letzten Nummer des Zentralblattes veröffentlichten offiziellen Protokoll hervor. Die „Berliner“ hatten zunächst, bevor sie ihren Verleumdungsfeldzug begannen, nur das Protokoll abzuwarten brauchen, und ein großer Teil ihrer agitatorischen Zwecke

gehenschelten Entrüstung

wäre ihnen erspart geblieben. Und daß die Hölle, die „Sitz Berlin“ in Anknüpfung an Zürich gespielt hat, nur der Absicht entsprang, die kirchliche Autorität vor ihre Agitationsstarre zu spannen, mag folgendes darthun: Auflässlich der letzten Reichstagswahl hat die Zentrumspartei in Bayern die Parole gegen die liberale Partei ausgegeben. Die Erzbischofe von München-Freising und Bamberg sprachen darüber öffentlich ihre Mißbilligung aus. Die Folge war Verwirrung der Wähler. In einer Versammlung der Münchener Zentrumspartei, die das Stichwahlergebnis besprach, wurden folgende Ausführungen gemacht: Dr. Lochbrunner, Ortsvorsitzender der Zentrumspartei in München:

„Diese Wahl ist uns ein außerordentlich lehrreiches Beispiel, sie zeigt uns, wie ein liberaler Wahlsieg mit Hilfe von nationalen Katholiken, vom katholischen Adel und mit Unterstützung der höchsten geistlichen katholischen, kirchlichen Behörden (Stürmische Psuirufe) erkauft werden kann. Es dürfte kaum ein Wahllampf stattgefunden haben jemals, in welchem eine Partei von den Feinden heftig bekämpft wurde, aber auch von den eigenen Freunden, für welche die Arbeit eigentlich jahraus, jahrein gemacht wurde (Lebhafte Beifall), im gegebenen Falle noch heftiger angegriffen wurde. (Andauernde Psuirufe.) Verhüten Sie sich. Es kam und wird sicher die Zeit kommen, wo die Herren, unsere angeblichen Freunde, froh sein werden, wenn wir sie unterstützen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bitte Sie nur, deswegen den Mut nicht sinken zu lassen. (Niemand!), wir werden in Zukunft unsere Wege erst recht gehen (Zweifelhafter Beifall), wir werden uns aber dann nicht mehr verlassen auf den katholischen Adel, und wir werden uns aber auch nicht mehr verlassen auf die katholischen geistlichen Behörden (Stürmische, anhaltende Brabazurufe), ich sage aber nur in politischer Beziehung, denn in kirchlicher Beziehung werden uns auch Lorturen, die uns von jener Seite angetan werden, nicht veranlassen, stets und immer korrekt zu sein. (Allseitige Zustimmung.) Wenn wir mit diesem Götzen von hier weggehen, dann hat auch der Berrat, welcher an uns geübt wurde, sein Gutes.“ (Endloser Beifall.)

Siebergh, Chefredakteur des „Bayer. Kurier“: „Im vorigen Jahre hat ein Wiener deutsch-nationales Blatt Beschimpfungen über das allerheiligste Sakrament veröffentlicht, und am zweiten Tage darauf hat der Fürst-Erzbischof von Wien mit zu Herzen gehenden Worten diese Beschimpfungen öffentlich zurückgewiesen. In München II ist ein liberaler Kandidat zur Wahl angetreten, der sich viel größere Bejubelungen dieses Sakramentes erlaubt hat, als jenes Wiener Blatt; wir haben auf diese Ungehörigkeit hingewiesen und gesagt, es muß dem katholischen Gefühl widerstreben, diesen Mann zu wählen — und der Herr Erzbischof von München hat, wie in den liberalen Zeitungen gestanden ist, erklärt, er bedauere die Wahlparole des Zentrumskan-

hafte Psuirufe.) Wenn man jahraus, jahrein vorne in Kampfe steht und sich mit Not und Schweiß bewerkeln lassen muß von den Gegnern, dann zwei Tage vor der Wahl solche Worte von einem Erzbischof hören muß (Erneute Psuirufe), dann fragt man sich unwillkürlich: wofür arbeiten wir denn eigentlich? (Sehr richtig!) Und aus dieser Frage wächst die Erbitterung. Die Erbitterung aber über den Berrat unserer Partei ist eine allgemeine Beifall und Zustimmung.) In kirchlichen Fragen ist jedes Mitglied, jedes Mitglied der Zentrumspartei ehrenamtlich verantwortlich der kirchlichen Autorität. Aber wie 1887 Windthorst gegen die Parole des Papstes sich entschieden ausgesprochen, ebenso entschieden dürfen wir heute gegen die Entscheidung vom erzbischoflichen Stuhle in München aus und aussprechen. Diese Stellungnahme in politischen Dingen tangiert absolut nicht unsere Treue in kirchlichen Dingen.“ (Sehr richtig!)

Die beiden Redner sind akademisch gebildet. Gegenüber deren Ausführungen — die strapaziös sind — haben wir absichtlich nicht hervorgehoben — waren die angefeindeten Züricher Redner ohne akademische Bildung jedenfalls die reinsten Waisenkaben. Daß man sich in der Berliner-Trierer-Praxiskompagnie die kirchliche Autorität nicht gefährdet. Wir blättern eigens den Berliner „Arbeiter“ von 1907 nach und fanden darin kein die betreffenden Ausführungen verurteilendes Wort. Wohl sind uns große kathol. Zeitungen bekannt, die nach dem Vorgefallenen die erregte Stimmung entschuldigend und begründet fanden. Der Berliner „Arbeiter“ kann sich nicht damit herausreden, daß die betreffenden Ausführungen ihm nicht bekannt wurden. Sie standen in Nr. 38 Jahrg. 1907 des „Bayerischen Kurier“, eines der größten Zentrumblätter Bayerns, und haben ihre Runde durch die sozialdemokratische Presse gemacht. Aber mit den Äußerungen der Münchener Redner, die heute noch katholisch sind, ohne daß „Sitz Berlin“ Anstoß daran nimmt, ließ sich agitatorisch für die Fachabteilungen nichts anfängen; darum stieg damals den Herren Savigny, Dr. Fleischer, Kaplan Windolph, Pfarrer Treib, Dechant Hansen keine „Schamröte“ ins Gesicht, diese Herren ließen nichts von „Bestürzung und Entrüstung“ von sich merken, das „katholische Bewußtsein“ und das „katholische Autoritätsgefühl“ wurde nicht „planmäßig untergraben“.

Wenn aber Arbeiterführer, die den Arbeiterleidensteil mit all seinen Bitternissen selbst durchgekostet haben, die Interessen ihrer Mandatgeber nicht wirtschaftspolitisch und organisatorisch unzureichend Phantasien zu Versuchsoperationen überantwortet wissen wollen, wenn die Betroffenen sehen, wie Mitglieder der christlichen Gewerkschaften tapfer für ihre religiöse Ueberzeugung streiten und in sozialdemokratischen Hochburgen mitunter das reinste Martirium ertragen müssen, und wie sie daneben noch häufig materiellen Schädigungen ausgesetzt sind, wenn sie verfolgen, wie manche christliche Gewerkschaftssekretäre bei ihrer agitatorischen Wirksamkeit von sozialdemokratischem Böbel überfallen und blutig geschlagen wurden, und dann demgegenüber jahrelang beobachten müssen, wie die gleichen Kämpfer hauptsächlich von Nichtarbeitern und Nichtchristen (Savigny, Fleischer), in ihrer religiösen Gesinnung hinterücks verkehrt werden, wenn solche Arbeiterführer, die in vielen kritischen Situationen sich nicht an den grünen Tisch zurückzogen sondern für ihre Kollegen sich vor die Front stellten, gelegentlich einmal ein scharfes Wort sprachen, dann, aber auch nur dann wird daraus eine Staatsaktion gemacht, als sei deshalb eine internationale Kirchengemeinschaft in ihren Grundfesten gefährdet. Mit solch pharisäerhaftem Treiben wird die selbstbewußte christlich denkende Arbeiterchaft geradezu zur Embörung gereizt. Es ist ein gefährliches Spiel, das „Sitz Berlin“ in den letzten Wochen getrieben, wir haben gewarnt!

Worum dreht sich der Streit?

Etwas tatsächlich um einige in der Form scharfe Worte? Ach nein! Diese wurden nur zum Vorwand benutzt für viel wichtigeres. Worum es sich handelt,

ist das Streikrecht und die Selbständigkeit der christlichen Arbeiter bei Verfolgung ihrer wirtschaftlichen, insbesondere ihrer Berufs- und Standesinteressen. Die christlichen Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß die Gewerkschaft ein notwendiges Organ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und eine unvermeidliche Folge der heutigen Rechtsordnung ist. Sie ergibt sich mit Notwendigkeit einmal aus der Trennung, welche im Produktionsprozeß zwischen den Besitzern der Produktionsmittel (den Kapitalisten) und denjenigen, welche ihrer Hände Arbeitsleistung der Produktion widmen (den Arbeitern) eingetreten ist; sie ist ferner eine Konsequenz des Wegfalles der früheren staatlichen Realelemente des Arbeits- speziell des Lohnvertrages und der gesetzlichen Proklamierung des sogenannten „freien“ Arbeitsvertrages. Wie nun der Arbeitgeber das Recht hat, Arbeiter einzeln oder in größerer Zahl einzustellen und zu entlassen, muß den Arbeitern grundsätzlich zugestimmt werden, — unter Beobachtung der gesetzlichen Pflichten und derjenigen des Sittengesetzes, was selbstverständlich auch für die Arbeitgeber zu gelten hat, den Arbeitsvertrag einzeln oder gemeinschaftlich zu lösen. Wenn den Arbeitern das Mittel (die gemeinschaftliche Arbeitsverweigerung, der Streik) fehlt, und einer friedlichen Vermittlung kein Nachdruck gegeben werden kann, wird der Arbeitgeber in den weitaus meisten Fällen sich den Arbeiterwünschen gegenüber taub zeigen. Der Streik ist sonach für eine ernsthafte Arbeiterinteressenvertretung ein unentbehrliches Kampf- bezw. Schreckmittel.

Ferner fordern die christlichen Gewerkschaften bei der Regelung der Arbeitsvertrages für die Arbeiter die gleiche Selbständigkeit, die man den Handwerkern, Kaufleuten, Bauern, Ärzten, Syndikaten, Kartellen usw. noch von keiner kirchlichen Seite streitig gemacht hat. Die katholischen Fachabteilungen in bayerischen Gewerkschaften, in letzter Zeit reden sie wohl davon, daß auch nach ihrer Auffassung mal ein Streik zulässig sei. Für welche Fälle dieses gedacht ist, wird nicht gesagt. Dann sind nach Auffassung der „Berliner“ die Ertragschaften der Gewerkschaftsbewegung nichts anderes, als trügerische Scheinerfolge, lediglich dem gewerblichen Mittelstande gegenüber erzielt. Dem koalitierten Großkapital gegenüber erweisen sich die Streikorganisationen implecthin als ohnmächtig und steigern und beschleunigen durch die Ausschaltung des Mittelstandes nur den großkapitalistischen Konzentrationprozeß und damit die Unterjochung der Arbeiter unter das konkurrenzlose Großkapital (No. 37 des Arbeiter, Berlin.)

Das ist also „Berliner“ Theorie. Und die Wirklichkeit? Das deutsche Handwerk befindet sich gegenwärtig in einem völligen Erneuerungsprozeß. Und daß es den Handwerkern heute schlechter ginge wie etwa vor zwanzig Jahren, als es in Deutschland nur bedeutungslose Arbeiterorganisationen gab und daher auch Streiks fast nie zu verzeichnen waren, wird kein Mensch behaupten wollen. Im Gegenteil! Auf den Handwerkerfesten der letzten Jahre wurden vielmehr günstigere Anzeichen festgestellt. Und dieser Konsolidierungsprozeß ist hauptsächlich der Gewerkschaftsbewegung zuzuschreiben. Durch die Gewerkschaften wurden auch die Handwerker aufgeschreckt und zur Organisation getrieben. Und durch die Tarifverträge mit mehr einheitlichen

Löhnen ist der Schmutzkonzurrenz im Handwerk mehr gesteuert worden, als die Handwerker aus sich heraus dieses jemals hätten durchsetzen können. Aus diesem Gesichtswinkel heraus vertrat kürzlich ein kleiner Schuhwarenfabrikant im Fabrikantenorgan „Der Schuhmarkt“ die Ansicht: nur die Einführung von Gewerkschaften könne die niederrheinische Schuhindustrie aus ihrer durch Schmutzkonzurrenz und die Schlenkerpreise resultierenden unerträglichen Lage herausbringen. Und das

Fazit der „Berliner“ Theorie

ist folgende charakteristische Seltbarkeit: Fabrikanten rufen in ihrem eigenen Interesse nach Gewerkschaften, und ein „Arbeiter“-Blatt spricht sich dagegen aus.

Auch gegenüber dem koalitierten Großkapital hat die Berliner Theorie ein Loch. In England und Amerika haben die Arbeiter der Großindustrie, weil stark organisiert, ebenfalls Erfolge zu erzielen vermocht. Und in Deutschland werden, ehe 10 Jahre vergehen, das mag sich der Berliner „Arbeiter“ merten, die Vertreter der Großindustrie ebenfalls mit den „Streikorganisationen“ verhandeln. Im Verband der Metallindustriellen Deutschlands ist es mit der Einigkeit über die Verhandlungsfrage längst dahin; der bayerische Metallindustriellenverband hat sich bereits mit den dortigen Metallarbeiterorganisationen verständigt, und im Ruhrrevier erwägen schon eine Anzahl von Zechendirektoren ganz ernsthaft die Möglichkeit von Tarifverträgen für den Bergbau. Diese allmählichen Umbildungen der Meinungen im Lager der Großindustrie sind jedenfalls nicht auf den „vermittelnden Einfluß“ der Fachabteilungen oder darauf zurückzuführen, daß Herr Dr. Fischer dem Reichstage angehört. Denn in Oberschlesien, wo die „Streikorganisationen“ noch zu schwach sind, und dafür aber „Sitz Berlin“ 36 000 Mitglieder angibt, befassen sich die Vertreter der Großindustrie noch nicht mit ähnlichen Fragen. Auch beruht es nicht auf bloßem Zufall, daß in der rheinisch-westfälischen Montanindustrie teilweise doppelt so hohe Löhne gezahlt werden, als in der gleichen Industrie Oberschlesiens. Den Leitern der rheinisch-westfälischen Großindustrie sowie der breiten Öffentlichkeit wurde durch eine deutliche Arbeitersprache seit Jahren das Gewissen geschärft. Die Tischler Breslaus dagegen beziehen, weil sie eben organisiert sind, allerdings nicht in Sitz Berlin, ähnlich hohe Löhne als ihre Kollegen in einer rheinisch-westfälischen Großstadt. Dann sollen die Streiks die „Ausschaltung des Mittelstandes“ beschleunigen. Wie steht es hier mit der Wirklichkeit? Im Handelsgewerbe Deutschlands ist noch kein größerer Streik geführt worden, rüd democh klagt kein Stand lauter gegen die Erdrösselung durch die großkapitalistische Entwicklung als gerade die kleinen Kaufleute. Man sieht: die „Berliner“ Theorien stehen auf dem

Kriegsruhe mit der Wirklichkeit,

sie zerplagen vor dieser wie die Seifenblasen in der Luft. — Die gerechte Verteilung des Gewinnes an den Erzeugern der produktiven Arbeit, wie überhaupt die Regelung der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, sollen Berliner Theorien zufolge sich also gestalten:

„Das wünschenswerte Gleichgewicht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kann also gar nicht wirtschaftlicher, sondern nur rechtlicher Art sein. Demgemäß müssen

die persönlichen Existenzrechte des arbeitenden Volkes unabhängig vom Kontrakte, den modernen Arbeitsverhältnissen durchaus entsprechend, genau definiert, und mit dem erforderlichen gesetzlichen Schutz gegen den Mißbrauch des wirtschaftlichen Ubergewichtes des Großkapitals und gegen eine schrankenlose Schließfreiheit des Vertrages umgeben werden. Um dieses Ziel zu erreichen, öffnet die katholische Berufsorganisation ihre Pforten der Kirche. Im Chaos der sittlichen und rechtlichen Verwirrung unserer Zeit hängt von ihrer Belehrung, ihrem Rate alles ab.“ (Berliner Arbeiter Nr. 37.)

Der Schreiber dieser programmatischen Zeilen hat anscheinend gar kein Verständnis dafür, welcher gewaltigen Schlag er mit solchen Theorien der kirchlichen Autorität versetzt. Wenn von deren Belehrung, ihrem Rate schließlich alles abhängen soll, warum wurde denn mit dieser „Belehrung“ so lange zurückgehalten, warum wurde seitens der kirchlichen Behörden den wirtschaftlichen „Kampfen“ (einem „Berliner“ Sprachgebrauch entliehenes Wort), die doch in Deutschland seit ca. 20 Jahren mehr oder minder scharf andauern, nicht schon früher Einhalt geboten? „Da sind wir Wilde doch bessere Menschen!“ Wir wollen dem Berliner Arbeiter sagen, woran das liegt: der Macht der Kirche sind in einer materialistischen Zeitskrönung, insbesondere gegenüber dem vielgestaltigen Wirtschaftsprozeß, sehr enge Grenzen gezogen. Mit dieser unserer Meinung befinden wir uns in guter Gesellschaft. Am 13. November 1904 sagte nämlich Herr Kardinal Fischer in derselben Kölner Versammlung, in der er die christlichen Gewerkschaften warm empfohlen hat:

„Viel mehr Mitglieber müssen sie (die christlichen Gewerkschaften) zählen, damit sie den großen Aufgaben gewachsen sind. Ich gönne Ihnen von Herzen, wie es die Priester, Bischöfe und der Papst es Ihnen gönnen, eine gute Ausgestaltung der wirtschaftlichen Lage. Was wir dabei tun können, werden wir tun, wir können eben in dieser Hinsicht nicht viel tun.“

„Berlin“ zufolge hängt von der Kirche, „ihrer Belehrung und ihrem Rate schließlich alles ab“, während der beauftragte und tatsächlich Repräsentant der kirchlichen Autorität erklärt, „nicht viel tun“ zu können.

Wer hat nun Recht, „Sitz Berlin“ oder der Vertreter der Kirche? Man könnte ob solcher verwegener und geradezu leuchtend aufgestellter Thesen glauben, die Fachabteilungsführer würden ihren Kopf vor den Tatsachen der Wirtschaftsentwicklung in den Sand stecken.

Die hauptsächlichsten modernen Industrieländer sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika, England und Deutschland. Unter den mehr als 80 Millionen Einwohnern der Vereinigten Staaten von Nordamerika befindet sich nur ein kleiner Prozentsatz Katholiken, in England unter ca. 35 Millionen Einwohnern noch kaum 2 Millionen Katholiken und in Deutschland unter rund 62 Millionen Einwohnern etwa 23 Millionen Katholiken. Darunter befindet sich überall ein großer Bruchteil, der sich von seinen ehemaligen religiösen Grundfäßen losgesagt hat. Wie soll da die katholische Kirche, wo gerade in den ausschlaggebenden Industrieländern zu ihrer Gemeinschaft nur ein geringer Prozentsatz Arbeitgeber sich bekennt, in das „Chaos der sittlichen und rechtlichen Verwirrung unserer Zeit“ eingreifen? Dieses Rezept müßte erst noch erfunden werden. Bleibt also übrig die Befehlsgebung!

Menschenkenntnis.

Die Erkenntnis seiner selbst soll die schwierigste Wissenschaft sein. Sedenfalls ist sie die notwendigste. Daneben ist das Eindringen in das Innenleben des Nächsten unerlässlich, wenn wir ihn verstehen und vor allem ihn richtig behandeln lernen wollen. Die Menschen sind nun einmal auf einander angewiesen, und das Wohl des einen bedingt das Glück des anderen. Und doch muß man die Erfahrung machen, daß unter allen Geschöpfen die Menschen sich am wenigsten verstehen.

Das kommt nicht etwa von einer unglücklichen oder verfehlten Naturanlage her, sondern einfach, weil die Menschen sich nicht verstehen. Und darum ist die Menschenkenntnis das notwendige Gegengewicht zur Selbsterkenntnis.

Woher kommt denn wohl dieses gegenseitige Mißverstehen? Das liegt teils an ethischen, teils an wirtschaftlichen Gründen. Das Gefühl für Nächstenliebe ist abgestumpft. Man steht sich fremd und kühl gegenüber. Jeder verfolgt seinen Weg und sieht im Nächsten weit eher seinen Rivalen und Feind als einen Helfer und Freund. Neben dieser Selbstsucht ist es das Mißtrauen, welches die eigenen Fehler und Schwächen gern auf den Mitmenschen überträgt. Wer selber harmlos ist, ahnt auch vom Nächsten nichts Böses und umgekehrt. Der unmoralische Mensch sieht auch leicht in seinem Mitmenschen einen Schurken.

Wie soll dem Uebel abgeholfen werden? Wir müssen vor allem zurückhaltend im Urteil sein. Die Menschen sind in der Regel doch besser als ihre Handlungen, und darum ist schon eine liebevolle Bemerkung über den lebenden Sünder ein „tatsaches Zeugnis wider den Nächsten“. Jede Handlung hat ihre Geschichte, oft sogar einen langen Lebensweg. Sie reicht vielleicht zurück in ihren Ursprüngen auf Erziehung und Umgang in der Jugend. Sie ist bedingt durch

Unglück und Leiden, hervorgegangen mehr durch die Macht der Verhegung und Verführung als aus persönlicher Bosheit. Sie spricht in stummer Beredsamkeit von einer gramvollen Jugendzeit, von lieblicher Umgebung, von einer unseligen Verkettung der Lebensschicksale. Sie ist nicht selten eine Anklage gegen die ganze Gesellschaft, die ihre Pflicht nicht getan hat. Das müßte uns nachsichtig machen.

Aber wie vornehm sind die Menschen doch oft im Urteil, in der Kritik! Den einen hält man für stolz und dünnhäutig, weil er nicht grüßt oder sich abschließt von der Allgemeinheit. Aber könntest du einmal hinter die Kulissen sehen, dann würdest du vielleicht erfahren, daß eine ganze Reihe ungeahnter Gründe, vielleicht auch ganz einfache und kindliche, vorliegen. Ein anderer erscheint uns grob und unhöflich, und wir möchten ihn tabeln. Allein, weißt du auch, wie übel ihm das Leben mitgespielt? Wie er seine schönsten Hoffnungen zu Grabe trug; wie sich alles gleichsam gegen ihn verschwor, bis sein Herz in Bitterkeit und Gram sich verhärtete?

Und wieder andere sind mürrisch und verbrieht. Kein Sonnenschein kommt je über ihr Antlitz; und überall sind sie verfahren als griesgrämige Säuerköpfe. Allein — wenn du würdest, was sie leiden! Gefaltet vielleicht an rauhe, harte Ehegatten, gequält von unbotmäßigen Kindern, niedergebengt von Sorgen, hören sie den ganzen Tag kaum ein einziges freundliches, ein gutes Wort. Und wenn auch Milde sie einmal flüchtig anspricht, so haben sie kaum ein Verständnis, kaum Glauben an den sanften Ton.

Und weil man die Menschen nicht kennt, so weiß man auch nicht mit ihnen umzugehen.

Aber nichts ist dankbarer, nichts fruchtbarer, als Menschenherzen zu weiden, durch unermüdete Pflege, durch selbstlose und darum beharrliche Liebe zu den Unglücklichen, zu den Entsetzten des Glücks, durch wahrhaft aufrichtiges Vertrauen.

Zunächst können sie's allerdings kaum fassen, daß man sich für sie interessiert, aber wenn dann die kalte Eisrinde des Herzens springt, dann lösen sich auch alle Gefühle, alle Geheimnisse, und dann erscheinen auch alle guten Eigenschaften, „die im Herzen wunderbar schliefen“, aber unter den bitteren Niederdrücken einer geprüften Seele nicht zur Geltung kommen konnten. Und selbst dann, wenn wirklich Gaster und Bosheit das Herz verhärtet, und den Menschen ungenießbar gemacht zu haben scheint, auch dann noch darf man ihn nicht preisgeben, nicht an ihm verzweifeln. Es kommt eine Stunde der Einsicht und der Reue, und sie kommt um so eher, je schneller eine hilfreiche Hand sich darbietet, den Gefallenen aufzurichten. Da zeigt sich wahre Menschenkenntnis, tiefe Seelenkunde, die nur wenig zu erfahren braucht, um alles zu wissen, auch das, was nicht ausdrücklich gesagt wird.

Und dann Nachsicht üben. Das ist die Brücke zur Sinnesänderung. Es lebt in jedem Menschen ein starkes Liebesbedürfnis, größer und stärker noch als die jedem Herzen eigene Selbstsucht; und wer es versteht, aus diesem Bedürfnis nach Liebe etwas Heiliges zu machen, d. h. ihm mit Ehrfurcht und Feingefühl entgegen zu kommen, der hat auch das verhärtete Gemüt gewonnen.

Und selbst beim berechtigten, notwendigen Tadel kann man dennoch aufrichten, wenn man nur den rechten Ton zu finden weiß, der beruhigt, statt zu empören, und den Fehler nicht so zu rügen versteht, daß es nicht verlegend und stoßend, sondern vielmehr heilend und überzeugend wirkt.

Es gibt allerdings Leute, deren höchster Lebenszweck in der Pflege des eigenen Ich besteht und die es unbegreiflich finden, ja Anstoß daran nehmen, wenn ein Menschenfreund sich solcher erbarmt, die man bereits „aufgegeben“ hat.

Gewiß wäre es höchst unpraktisch, immer auf Dankbarkeit zu rechnen, wenn man Wohltaten spendet.

Glaubt nun Herr Dr. Fleischer ernsthaft daran, daß man einstmals und in absehbarer Zeit in irgend einem größeren Parlamentarium sich mit seinen

theoretischen Verwickelungen

beschäftigen werde? Weber die Regierung noch irgend eine der bürgerlichen Parteien ist dafür zu haben, die gegenwärtige Wirtschafts- und Rechtsordnung wesentlich umzugestalten. Herr Dr. Fleischer soll doch einmal im deutschen Reichstage die Verwirklichung seiner Theorien versuchen. Auch die Regierung müßte noch geboren werden, welche für die vom „Sitz Berlin“ geforderten Zwangsgesetze, gegen den Willen fast der ganzen Arbeiterschaft, aber insbesondere der Vertreter der Großindustrie zu haben wäre. Einstmals macht die Regierung noch Vereinsgesetze mit „Sprachenparagrafen“, die der Großindustrie auf den Leib zugeschnitten sind, wie auch deren Vertreter an der Befestigung von Ministern aktiven Anteil nehmen. Bei der Verabschiedung der letzten Gewerbegerichts-Novelle konnte selbst unter Posadowsky der Verhandlungszwang der streitenden Parteien vor dem Gewerbegericht nicht erzielt werden, lediglich auf den Erziehungszwang ist man eingegangen.

Eine größere Aussicht als die von den Herren Savigny und Fleischer zusammengebraute Rechtsordnung hat selbst der sozialdemokratische Zukunftsstaat. Dahinter stehen wenigstens noch Massen. Und mit dem Glauben an den Zukunftsstaat geht es bekanntlich selbst im sozialdemokratischen Lager sehr bergab. In Süddeutschland sucht man sich allenthalben in dem „Massenstaat“ einzurichten. Die Wirtschaftsentwicklung hat sich von den sozialdemokratischen Theorien nicht lösen lassen und wird ihren Lauf auch weiter nehmen, ohne irgend welche Rücksicht auf die ausgebreiteten Phantastereien von „Sitz Berlin“.

So lange also unsere heutige Rechtsordnung besteht — und diese soll menschlicher Voraussicht und sicherem Vernehmen nach noch sehr lange bestehen bleiben — wäre es himmelstreichendes Unrecht, den Arbeitern das Streikrecht beschneiden zu wollen. Gestreikt wird, wenn auch voraussichtlich seltener, — es bestehen heute schon rund 8000 Tarifverträge mit rund 1 Million davon betroffener Arbeiter, und die Tarifbewegung macht zweifellos Fortschritte — auch in der Zukunft werden, mit oder ohne christlich organisierte Arbeiter. Und wer letzteren die Teilnahme am Streik verbieten würde, würde lediglich die Reihen der sozialdemokratischen Organisationen stärken. Wenn aber der Streik katholischen Arbeitern nicht verboten werden kann, dann ist es jedenfalls auch für eine Kirchengemeinschaft vorteilhafter, wenn sie sich für die Interessenkämpfe der Arbeiter ebenso wenig engagiert wie bei den übrigen Interessengruppen. Damit ist die Notwendigkeit der

Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften,

wie wir sie verstehen, gegeben. Sind diese aber selbständig, dann ist für die Aufgaben, die sie sich gestellt haben, — Regelung der Fragen des Arbeitsvertrages — die Frage der Interkonfessionalität nur noch mehr oder minder eine Zweckmäßigkeitsfrage. In einem Lande mit konfessionell gemischter Bevölkerung und starker, sozialdemokratischer Bewegung bedeutet jede nicht dringend gebotene gewerkschaftliche Zerspaltung der christlichen Arbeiter eine unfreiwillige För-

Und ist es denn so schlimm, wenn auch einmal an einen Schurken eine gute Tat verschwendet wird? Kann sie nicht der Anfang zu einer Sinnesänderung werden? Ist's denn ein Unglück, wenn ein Liebeserweis auch einmal mißbraucht wird von einem Heuchler? Könnte er ihm nicht wenigstens das Vertrauen auf die Mitmenschen wiedergeben? Keiner ist so vollkommen, daß eine gute Tat spurlos an ihm vorüber geht. Sie wirkt oft jahrelang noch nach, breunt ihm gleichsam auf der Seele wie eine glühende Kohle und wird nicht selten zur erlösenden Macht aus Zweifel und Mißtrauen.

Ein Wort, ein Blick kann hier große Umwandlungen einleiten. Sie bleiben nicht selten wie ein freundlicher, belebender und wackender Sonnenstrahl auf der Seele eines Unglücklichen haften und wirken geheimnisvoll nach.

Wir können nicht jedem gleich mit dem ersten Blick bis auf den Grund der Seele schauen und ihn darum sofort richtig beurteilen. Aber wir können wohl jeden Menschen gleich richtig behandeln, wenn wir das Wort Goethes zur Richtschnur im Umgang mit unsem Nächsten machen: Edel sei der Mensch, hilfreich und gut. Und diese Formel muß uns in Fleisch und Blut übergehen, so daß sie sich im Außen unbewußt, unwillkürlich ausdrückt, dann wird unsere bloße Gegenwart schon eine unsichtbare Gewalt für niedergedrückte, unglückliche Herzen sein.

Diese vornehme Güte ist durchaus nichts Schwaches, sondern vielmehr eine große Naturgewalt, die aber auch eine große Seele voraussetzt. Und „wirklich große und starke Seelen erkennt man immer daran, daß sie einen Ueberriß von Kraft für andere haben, daß sie Erlöser sind in Worten und Taten, und tausend Tränen der Reue fließen machen, wo andere nur Trost und Jern und kalte Selbstsucht fanden.“ (Förster, Jugendlehre.)

berung der sozialdemokratischen Organisationsformen. Die Gründe dafür wurden in Zürich beweiskräftig dargelegt.

Wenn die christlichen Gewerkschaften aus guten Gründen so stark auf ihrer Selbständigkeit bestehen müssen, so ist damit nicht gesagt, daß niemand Einfluß auf die Bewegung ausüben könne. Gewerkschaftsorganisationen müssen Massenorganisationen sein. Die christlichen Gewerkschaften können daher, um von ihren Anhängern verstanden zu werden, alle größeren Fragen nicht in geheimen Konventikeln erledigen, sondern müssen dieses in der breitesten Öffentlichkeit tun: in Versammlungen und in der Gewerkschafts-Presse. Und wenn bei den Handlungen der christlichen Gewerkschaften Verstöße gegen das christliche Sittengesetz oder gegen staatliche Gesetze unterlaufen sollten, bestreitet den kirchlichen Organen der Presse, den konfessionellen Arbeitervereinen etc. niemand das Recht der Warnung und der Kritik. Ein einfaches Hinwegsehen oder Ignorieren von begründeten Warnungen oder berechtigter Kritik müßte naturgemäß die Spaltung, mindestens aber zur Schwächung der christlichen Gewerkschaften führen, die diese ihrer Selbsterhaltung willen zu vermeiden suchen müssen. Dann sind die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nicht bloß Arbeiter, sondern auch Christen — Nichtchristen genügen in Deutschland ihrer Organisationspflicht nicht bequem in den sozialdemokratischen Gewerkschaften — und gehören größtenteils den konfessionellen Arbeitervereinen und den bürgerlichen Parteien an, wo auf sie nach den verschiedensten Richtungen hin eingewirkt werden kann. Die christlichen Gewerkschaften wurden hauptsächlich geschaffen aus ideellen Gründen; deren Führer haben stets die Verechtigung und Notwendigkeit der ideellen Bestrebungen der christlichen Arbeiter anerkannt; sie haben aber auch stets hervorgehoben: die Pflege dieser ideellen Güter hat ausfallsam bekannten Gründen, außerhalb der wirtschaftlichen Interessenvertretung zu erfolgen.

Das Terrain nach Zürich ist damit sondiert und geklärt. Die angefeindeten Äußerungen einzelner Redner sind unkorrekt und verschärft in die Presse gelangt. Zugegeben kann werden, daß einige Wendungen, die auch unter christlichen Freunden der christlichen Gewerkschaften mißverständlich aufgefaßt werden konnten, in der Form unangebracht waren. Das haben die betreffenden Kollegen nachträglich selbst zugegeben. Aber welcher Redner hat sich nicht schon mit Worten vergreifen? Die „Berliner“ sind mit ihrem pharisäischen Verleumdungsfeldzug nicht auf ihre Rechnung gekommen, die christliche Gewerkschaftsbewegung ist um eine grundsätzliche Aussprache zur Verleugung der christlichen Gewerkschaftsidee reicher und die „Berliner“ werden ihr unangenehm Handwerk: die christl. Gewerkschaften in aufdringlicher Weise bei den einzelnen Herren Bischöfen hinterücks zu verkehren, wohl in Zukunft nicht mehr so ungestört ausüben können. So wird die Züricher Konferenz trotzdem und alledem auch ihre Früchte für die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands zeitigen.

Der Tarifgedanke auf dem Deutschen Juristentag.

In der vergangenen Woche hat in Karlsruhe der 29. Juristentag stattgefunden, der sich u. a. auch mit folgender, für die Arbeiterschaft hochwichtigen Frage befaßt hat: Empfiehlt sich die gesetzliche Regelung des gewerblichen Arbeitsvertrages (insbesondere des Tarifvertrages) zwischen Arbeitgeberverbänden einerseits und Arbeiterverbänden andererseits? Nicht weniger als vier umfangreiche Gutachten, zwei von deutschen und zwei von österreichischen Gelehrten, hat sich der Juristentag über diese wichtige Frage erstatlen lassen. Die deutschen Gutachter, Magistratsrat v. Schulz-Berlin und Dr. W. Zimmermann-Berlin schildern die für das Gewerbe segensreiche Wirkung der Tarifverträge und verlangen ein gesetzliches Tarifrecht. Ebenso der österreichische Gutachter Dr. M. Ettinger-Wien, während der vierte, Prof. Dr. R. Rodatich, zwar die Tarifverträge gehegt und gefördert, aber nicht gesetzlich reglementiert wissen möchte.

Der erste Referent zu diesem Thema, Reichsgerichtsabgeordneter, Justizrat Dr. Gund-Weipzig, führte, nach einem Bericht der „Köln. Volksztg.“ folgendes aus: Im Jahre 1906 wurde die Ankündigung des Juristentages, die bisher vorbereiteten Tarifverträge in den Bereich seiner Arbeiten zu ziehen, von vielen Seiten freudig begrüßt. In der Tat handelt es sich um ein Thema von höchstem, sozialpolitischem Interesse. Die Gewerkschaft für Soziale Reform hat eine Vorlage ausgearbeitet, aus der hervorgeht, daß die Tarifverträge fast das ganze Verhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern regeln sollen. Der wichtigste Punkt des Arbeitsvertrages, der Arbeitslohn, ist durch die Gewerbegesetzgebung bisher fast unberührt geblieben. Hier herrscht noch vollkommene Gewerbefreiheit. Diese Lücke kann aber nicht ausgefüllt werden durch die Gesetzgebung, sondern durch freies Uebereinkommen, durch den Tarifvertrag, der ein Akt der gewerblichen Selbstverwaltung ist. Die Tarifverträge sind ein Ausdruck der Macht des Koalitionsgedankens, der sich jetzt auch auf Seiten der Arbeitgeber geltend macht. Sie stellen gleichsam die Kartellierung des Arbeitslohnes

dar. Je größer der Geltungsbereich des Tarifvertrages ist, desto größer ist auch sein Segen. Ueber den nationalen Tarifvertrag hinaus zu internationalen Verträgen zu kommen, wird die Aufgabe der Zukunft sein.

Das Koalitionsrecht ist der Stützpunkt des Tarifvertrages, darf aber nicht mit ihm nicht identifiziert werden. Zur rechtlichen Anerkennung der Tarifverträge ist notwendig vor allem die Reform des Koalitionsrechts auf der Grundlage vollständiger Freiheit. Erst dann wird sich erkennen lassen, ob der Tarifvertrag für die Industrien, die ihn jetzt mit Rücksicht auf die internationale Konkurrenz ablehnen, wirklich undurchführbar ist. Beim Bergbau ist mir das heute schon im höchsten Maße zweifelhaft. Der Tarifvertrag verbleibt nicht die feinsten Differenzen des Lohnes und die mäßige Anpassung an den Warenpreis durch die gleitende Lohnskala. Die freie Einigung der Parteien bedingt den hohen, sozialpolitischen Wert der Tarifverträge. Darum muß die Gesetzgebung äußerste Vorsicht zeigen.

Das Korreferat zu dieser Frage erstattete Privatdozent Dr. Koeppel (Marburg): Durch den gegenwärtigen Zustand größter Rechtsunsicherheit der Tarifverträge, die rechtlich gleichsam in der Luft schweben, wird Treu und Glauben ständig verletzt und die Entwicklung der gegenwärtigen Wirkungen des Tarifvertrages auf Schritt und Tritt behindert. Die Rechtsprechung bemüht sich zwar in neuester Zeit abzuheften, soviel an ihr liegt. Aber sie ist reich an Widersprüchen und vor allem kann sie den gesetzgeberischen Willen niemals erkennen. Aus dem Schweigen der Gesetzgebung über den Tarifvertrag ergeben sich die schwersten Komplikationen; Medner erinnert an das Verhältnis des Tarifvertrages zur obligatorischen Arbeitsordnung, der er wegen ihrer gesetzlichen Privilegierung vorsteht, und an die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen bei veränderten Konjunkturen die Aufhebung oder Abänderung des Vertrages einseitig verlangt werden kann. Es ist höchst bezeichnend, daß eine gesetzliche Regelung am dringendsten von den Gewerbegelehrten gefordert wird, die in ihrer Tätigkeit mit den üblen Folgen des jetzigen Zustandes am vertrautesten sind.

Die gesetzliche Regelung hat zur unbedingten Voraussetzung einmal die Verletzung des wirklichen vollen Koalitionsrechtes an die Berufsvereine gewerblicher Arbeitgeber und Arbeiter und sodann die gesetzliche Anerkennung ihrer Rechtsfähigkeit. Gegen Mißbräuche des Koalitionsrechtes soll das Gesetz natürlich Handhaben bieten, aber nicht im Wege eines Ausnahmegesetzes. Gleichen Schutz muß das Gesetz aber auch bieten gegen Verhinderung im Gebrauche des Koalitionsrechtes, namentlich gegen Hinderung am Beitritt und Zwang zum Austritt, die bisher straflos ausgeübt werden dürfen. Ferner muß durch Aufhebung des § 152 Abs. 2 der Gewerbeordnung den Organisationen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Mitglieder zur Einhaltung der Tarifverträge rechtswirksam anzuhalten.

Die Regelung des Tarifvertrages selbst darf keine öffentlich rechtliche Zwangsregelung sein, sondern die Schaffung eines privaten Arbeitsnormen-Rechtes auf dem Boden des privatrechtlichen Vertrages. Sie muß sich beschränken auf Beseitigung aller rechtlichen Hindernisse, die der Erreichung des Tarifvertragszweckes im Wege stehen. Dabei ist das bestehende Recht vorsichtig auszubauen, alle Kasuistik zu vermeiden und nur dem Grundgedanken klar und bündig Ausdruck zu geben. Leitender Gesichtspunkt muß überall die absolute Freiwilligkeit der im Tarif erstrebten Verständigung sein, die das Weisheits seiner Kraft bildet.

Beide Referenten legten gemeinsam folgende Resolution vor: „Der deutsche Juristentag empfiehlt 1. wiederholt die Reform des gewerblichen Koalitionsrechtes im Sinne des früheren Beschlusses, (insbesondere Aufhebung der §§ 152, 2 und 153 der Gewerbeordnung); 2. Beseitigung der Hindernisse, die nach bürgerlichem Recht dem Erwerb der Rechtsfähigkeit durch gewerbliche Berufsvereine entgegenstehen; 3. gesetzliche Regelung des Rechts der Arbeitertarifverträge, in der volle Freiheit der Abschließung und Durchführung der Verträge gewährt und die Möglichkeit eröffnet wird, die Verträge bei den Gewerbegelehrten öffentlich zu registrieren, sowie eine Frist gewährt wird, innerhalb der die Mitglieder beteiligter Berufsvereine durch Erklärung an die Registerstelle die Tarifvertragsgemeinschaft ablehnen können.“

In der Diskussion führte Regierungsrat Bartels, stellvertretender Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller aus, daß die deutschen Großindustriellen sich prinzipiell gegen die Einführung der Tarifverträge ausgesprochen hätten, weil gewisse sozialpolitische Schwärmer übertriebene Anforderungen an die Tarifverträge gestellt hätten. Unter das Joch eines Tarifzwanges würden sich die Industriellen niemals beugen. Den maßvollen Leitungen der beiden Referenten könne er in gewissem Umfange zustimmen. Die Tarifverträge beschränkten sich heute meistens noch auf das Handwerk und das Kleinergewerbe. Die Großindustrie könne sie nicht brauchen, nicht nur, weil sie vom Unternehmerstandpunkt aus sagen könne: „Wir wollen Herren im Hause bleiben“, sondern auch, weil sie durch die Syndikate und Kartelle die Schmutzkonzurrenz ohnedies schon aus dem Wege geräumt habe. Die Industrie mit ihren außerordentlich geschickten, ausgebildeten Ar-

beitern und ihren komplizierten Maschinen könnte nicht so einfach die Löhne festsetzen wie das Handwerk, bei dem im wesentlichen heute noch so gemauert und gezimmert werde wie vor hundert Jahren. Der Unternehmer, der Kapital und Intelligenz in sein Maschinenunternehmen gesteckt habe, müsse in jedem Moment die Freiheit behalten, dem technischen Fortschritt und der Konjunktur zu folgen. Die Unternehmer hätten auch beim Tarifvertrag keine Sicherung gegen einen Vertragsbruch. Das beweise der geradezu ungläubliche Mieterstreik in Steitlin.

Im ähnlichen Sinne sprach Syndikus Dr. Fänger, der Leiter der Hauptstelle der deutschen Arbeitgeberverbände. Die Koalitionsbestrebungen hätten mit der Frage der Tarifverträge nicht das mindeste zu tun, und müßten aus den Betrieben ausgeschlossen werden. Die Verletzung zwingender Kraft an die Tarifvertragsbestimmungen würde die Unternehmer nur noch mißtrauischer gegen die Tarifverträge machen und deren Abschluß erschweren.

Den Ausführungen dieser beiden Redner traten Justizrat Meißelsohn (Berlin), Rechtsanwalt Dr. Einzelmer (Frankfurt a. M.), Gewerberichter Dr. Gessler (München) und Magistratsrat Wöhlung (Berlin) scharf entgegen und verteidigten die Thesen der Referenten.

Prof. Dr. Velbig (Berlin) erklärte, daß er eine noch schärfere Donart anschlagen werde als die Vertreter der deutschen Industrie, die vor ihm gesprochen hätten. Es handele sich hier um den Kampf zweier großer Prinzipien. Soll die Freiheit und Individualisierung der Arbeit, die sich Deutschland im letzten Jahrhundert errungen habe, zugunsten des neuen Prinzips des kollektiven Arbeitsvertrages abgegeben werden? Diese Hauptfrage sei von den Referenten gar nicht behandelt worden und doch müsse dieser Kampf bezüglich der Grundprinzipien der Volkswirtschaftslehre ausgekämpft werden.

Landgerichtsrat Aulemann (Bremen) erwiderte, die Sozialpolitik habe wohl nachgewiesen, daß der Arbeiter nicht mehr als einzelner, sondern nur durch den Kollektivvertrag frei sein und seinen Einfluß geltend machen könne. Gewiß sicherten die Tarifverträge keinen industriellen Frieden, aber sie brächten doch Waffenstillstand und dienten damit dem nationalen Interesse Deutschlands. (Lebhafter Beifall.) Syndikus Dr. Meyerstein, Vertreter der Berliner Handelskammer, legte eine Skizze der pandelstammer über die Wirkung der Tarifverträge in Berlin vor, aus der hervorgeht, daß die Neigung zum Friedensschluß infolge der Tarifverträge immer mehr wächst.

Nach weiterer Diskussion wurden die Beträge der Referenten, abgesehen von einer kleinen, redaktionellen Aenderung, unverändert angenommen.

Daß die Vertreter der großindustriellen Unternehmervereinigungen gegen den Tarifgedanken Sturm liefen, ist nicht verwunderlich und kann die Meinung, daß die Tarifidee im siegreichen Vormarsch begriffen ist, nicht besonders beeinträchtigen. Der tariffeindliche Geist der Großindustriellen muß Schritt um Schritt vor der weiteren Erstarkung der Arbeiterorganisationen zurückweichen. Noch sind die Festungswälle der „Herren im Hause“ stark und mächtig, aber hier und da ist schon eine kleine Bresche geschossen. Mit jedem Arbeiter, der aus dem trägen, kampfunfähigen Heer der Indifferenten in die Armee der Streiter eintritt, ist wieder ein Stein von dem Wall der Scharfmacher abgetragen. Es liegt mithin nur an den Arbeitern selbst, auch den letzten Gegner des Tarifgedankens, d. h. der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes, eines bessern zu belehren. Eine unorganisierte Arbeiterschaft aber ist nicht nur unwürdig, sondern auch unfähig, den Tarifgedanken praktisch im Interesse dem Gesamtwohl zu Ausführung zu bringen. Wie ein massives Gebäude ohne festes Fundament zusammenbrechen muß, so ist auch der wirtschaftliche Monumentalbau des Tarifvertrages ohne feste, festgefügte Organisationen undurchführbar. Unsere christlichen Kollegen in der Eisen-, Stahl- und chemischen Industrie werden hoffentlich die praktischen Schlussfolgerungen aus dieser Sachlage zu ziehen wissen.

Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

(Monat August 1908.)

Aus der Roheisenindustrie wird berichtet, daß die Zurückhaltung der Käufer noch größer als bisher geworden ist, nachdem sich durch die ablehnende Haltung eines Eisenwerkes die Unmöglichkeit der Verlängerung des Roheisen-Syndikats herausgestellt hat. Die im Roheisen-Syndikat vereinigten Werke haben daher beschlossen, mit Ende dieses Jahres das Syndikat aufzulösen.

In den Stahl- und Walzwerken hat sich die Lage gegen den Vormonat kaum geändert; die Werke waren ungefähr im gleichen Grade beschäftigt wie im Juli, geringer jedoch als im Vorjahr. Im Saargebiet zeigt sich jedoch wieder eine Verschlechterung gegen den Vormonat, so daß Verkürzungen der Arbeitszeit im großen Umfange nötig waren.

Die Blechwalzwerke waren nach wie vor nicht ausreichend beschäftigt, so daß in Schlesien teilweise Verkürzungen der Arbeitszeit vorgenommen werden mußten. Arbeitskräfte boten sich hier reichlich an.

Die Nickelwalzwerke waren gut beschäftigt. Die Eisengießereien bot sich in dem Bericht-

monat fast dasselbe Bild als in den Vormonaten dar. Die mittel- und norddeutschen Werke hatten nur mäßig zu tun, insbesondere trat bei den mitteldeutschen Werken eine weitere Verschlechterung ein. In verschiedenen Betrieben wurde hier die Arbeitszeit um eine halbe bis eine Stunde verkürzt. Die süddeutschen Werke waren im allgemeinen noch ausreichend mit Arbeit besetzt.

Die Drahtindustrie war andauernd recht schwach mit Aufträgen versehen. Im Zusammenhang damit herrschte ein Ueberangebot an Arbeitskräften. Die Nürnberger Drahtflistenfabrikation war dagegen immer noch sehr gut beschäftigt.

In der Kesselschleiferkleinindustrie wurde der Beschäftigungsgrad noch schwächer als in den Vormonaten.

In der Nürnberger Blech- und Metallwarenfabrikation hat sich die Gesamtlage gegenüber dem Vormonat nicht wesentlich geändert; sie war im allgemeinen genügend.

Die Fabrikation von Schrauben, Muttern usw. war nach dem Bericht aus Breslau unverändert zufriedenstellend mit Arbeit versehen.

Der allgemeine Maschinenbau hatte im wesentlichen noch ausreichend zu tun; es hält jedoch schwer, neue Aufträge herein zu bekommen. Von erfahrenen Monteuren abgesehen, war das Angebot an Arbeitskräften reichlich.

Die Dampfesselfabriken waren im allgemeinen mittelmäßig mit Arbeit besetzt. In einem mitteldeutschen Großbetrieb überstieg das Angebot an Arbeitskräften die Nachfrage. Was die Herstellung von Armaturen betrifft, so wird aus Westdeutschland eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem Vormonat berichtet. Andauernd gut war die Lage in den Betrieben für landwirtschaftliche Maschinen, in Süddeutschland mußten stellenweise Ueberstunden eingelegt werden, hingegen hat sich in den Betrieben, die Maschinen für die Textilindustrie herstellten, der Geschäftsgang noch weiter verschlechtert. In den meisten Betrieben war nach wie vor mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Die Betriebe für Bergwerksmaschinen sind am allgemeinen normal mit Arbeit versehen, wenn auch die Zurückhaltung der als Abnehmer in Betracht kommenden Bergwerke immer noch groß ist. Die Industrie für Hebezeuge und Transportanlagen hatte im wesentlichen gut zu tun. Aus der Herstellung von Baummaschinen wird berichtet, daß neue Aufträge bedeutend spärlicher als sonst eingingen. In einem norddeutschen Großbetrieb mußte im Zusammenhang damit gegen Ende des Monats die Arbeiterzahl herabgesetzt werden.

Der Lokomotivbau wie hinsichtlich der guten Lage der Vormonate keine Veränderung auf. Stellenweise waren immer noch Ueberstunden und Nachschichten nötig.

Dasselbe gilt nach der Mehrzahl der Berichte auch für den Eisenbahnwagenbau.

Elektrische Industrien

In den Betrieben für Dynamomaschinen, Elektromotoren, Akkumulatoren usw. trat im wesentlichen keine Veränderung gegen den Vormonat ein. Aus einem westdeutschen Großbetriebe wird sogar eine kleine Verbesserung berichtet. Das Angebot an Arbeitskräften deckte im wesentlichen die Nachfrage.

Die Betriebe, die Kabel- und Spoliermaterialien herstellen, waren im Durchschnitt zufriedenstellend beschäftigt, nur in einem südwestdeutschen Großbetriebe war der Geschäftsgang, wie bereits im Vormonat berichtet, schwach.

In der Fabrikation elektrischer Beleuchtungsartikel war stellenweise ein schwacher Geschäftsgang zu verzeichnen.

Die Betriebe für elektro-medizinische Apparate waren nach einem Bericht aus Bayern befriedigend beschäftigt, ebenso wie im Vormonat und Vorjahr.

Auch in den Telephon- und Telegraphenwerken trat im Vergleich zum Vormonat und zum August 1907 den vorliegenden Berichten zufolge keine Veränderung ein, die Lage blieb zufriedenstellend. Die Arbeitskräfte reichten aus.

In der Fabrikation elektrischer und galvanischer Kohlen war die Beschäftigung gut zu nennen, da man bereits begann, den Bedarf für die vorstehende Lichtperiode zu decken und die Lagerbestände zu ergänzen. Wegen des Vorjahr bestand immerhin ein merklicher Unterschied in der Höhe der Bestellungen.

„Reichsarbeitsblatt.“

Aus den Hüttenbetrieben im Oberharz

haben wir in Nr. 38 unseres Organs in großen Zügen ein Bild unsern Kollegen vorgeführt, daß wir nun noch etwas ausführlicher ergänzen wollen. Auf der Silberhütte bei Clausthal scheint manches sehr verbesserungsbedürftig zu sein. Wie schon in Nr. 38 ausgeführt wurde, ist die Art der Urlaubsbewilligung fortgesetzt der Grund zur Unzufriedenheit. Ein Arbeiter in vorgerückten Jahren hatte vor einigen Wochen um Urlaub gebeten, — er ist annähernd 30 Jahre auf dem Werk beschäftigt, — da wurde ihm bedeutet, daß das für diesen Zweck verfügbare Geld verbraucht sei; dagegen ließe sich nun an und für sich nichts einwenden; umso auffälliger muß es aber berühren, daß nachher noch mehrere Leute beurlaubt worden sind. Darunter waren sogar Hülfsaufseher, also Leute, die in einem Beamtenverhältnis

stehen. Nun sind wir der Ansicht, daß auch den Beamten ein Anrecht auf Urlaub zusteht, nur sollte man dann doch den Arbeitern nicht vorreden, es seien keine Mittel mehr dafür vorhanden.

Im Hüttenhaus in der Hüttelhütte ist vor einigen Jahren eine Wasserleitung angelegt worden, um Wasser bei der Hand zu haben, damit das Hüttengut nicht gesprengt werden kann, um der übermäßigen Staubentwicklung vorzubeugen; jetzt muß das Wasser wieder aus der Hütte geholt werden. Da nun die Arbeit alle in Alford ausgeführt wird, bleibt nicht genügend Zeit, um genügend zu sprengen, denn die Alfordlöcher sind äußerst gering, so daß von einem genügenden, auskömmlichen Lohn sowieso nicht geredet werden kann. Vielleicht nimmt sich die Kgl. Gewerbeinspektion einmal dieser Angelegenheit an.

Die Aborte befinden sich teilweise direkt über der Innerste, einem kleinen Gebirgsflus. Sie sind offen und es herrscht fast stets mächtige Zugluft. Benutzen die Arbeiter mit ihrem angeschwollenen Körper nun diese Windmühlen, so braucht man sich nicht zu wundern, daß Erkältungskrantheiten und dergleichen so oft vorkommen.

Daß auch einige jüngere Beamten nicht immer die nötige Rücksicht zeigen, beweist folgender Fall. Am 8. September hatte sich ein Mann in der Mittagspause (der sogenannten Köpfstunde) auf eine Bank gesetzt, war eingeschlafen und hatte das Köpfchen überbet, welches das Köpfchen zu Beginn der Arbeit gab. Gleich nach 1 Uhr kommt ein Hilfsaufseher in den Speisesaal, sieht den Mann schlafend liegen, tritt mit dem Fuß an die Bank, der Arbeiter erschreckt derartig, daß er von der Bank herunterfällt und mittelst Wagen nach Hause gebracht werden mußte, wo er mehrere Tage krank darnieder lag. Der zum Transport benutzte Wagen soll noch ein gewöhnliches, ohne Gefähr gewesen sein. Die Sache kam in die Presse und schreit den Herrn Beamten bei der ganzen Geschichte nicht wohl zu Mute gewesen zu sein, denn man ließ den Mann kommen und befragte ihn, ob er die Sache dem Verbandsmittelen wollte!!

Ueber die Bezahlung ist schon aus dem vom Verbandsvorstande herausgegebenen Geschäftsbericht, S. 7, zu ersehen, daß die Staatsbetriebe hier noch lange keine Musterbetriebe sind. Aus einer Anzahl vorliegender Lohnzettel ist zu ersehen, daß ein 30jähriger Arbeiter, Vater einer größeren Familie, in 5 Monaten dieses Jahres in 139 Schichten 310,26 Mk. Lohn verdient hat, macht pro Monat durchschnittlich 27achtzehntel Schicht mit einem Verdienst von 62,05 Mark, pro Schicht 2,24 Mark! Ausbezahlt wurden nach Abzug aller Abzüge durchschnittlich nur noch 45,30 Mark bei 27achtzehntel Schichten pro Monat. Als wir am 27. August in öffentlicher Versammlung zu Klausthal all diese Dinge besprochen hatten, wurde tags darauf von einem Knappenschaftsältesten R., der ein Pöfchen als Gewerkschafter erwirkt hat, fast jeder Arbeiter gefragt, ob er auch in der Versammlung gewesen sei, er, der Herr Knappenschaftsälteste wollte für den Herrn Verbandsrat und den Herrn Inspektor eintreten, er wollte sich, den „Gewerkschaftssekretär“ mal kaufen! Der gute Mann scheint auch keine Spur von dem zu wissen, weshalb er eigentlich sich „Knappenschaftsältester“ nennt, noch viel weniger weiß er von den Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation. Nicht persönlicher Kampf gegen die Beamten, sondern das System in den staatlichen Betrieben ist es, das die berechtigten Kritik herausfordert. Im Uebrigen sieht „der Gewerkschaftssekretär“ dem Erscheinen des streitbaren Heiden in der nächsten öffentlichen Versammlung mit großer Spannung entgegen.

Auf dem „Kaiser Wilhelm-Schacht“ hatte das Verhalten eines unteren Beamten Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben, unter anderem hatte man 2 Kollegen zweifelhafte Schicht widerrechtlich abgezogen. Die Angelegenheit und noch einige andere Dinge kamen zur Sprache in eben derselben Versammlung, drei Tage darauf wurde den Kollegen mitgeteilt, daß sie das fehlende Geld bei der nächsten Ausübung erhalten könnten, was inzwischen auch geschehen ist. Es muß anerkannt werden, daß der Chef des „Kaiser Wilhelm-Schachtes“, gleich nachdem er die Dinge erfahren, gründlich eingegriffen und Remedur geschaffen hat.

Ein ebenso trauriges Bild sehen wir auf der Silberhütte zu Altenau i. Oberharz. Der Durchschnittslohn der dortigen Arbeiter dürfte kaum pro Schicht 3 Mark erreichen. Die einzige Möglichkeit, etwas zu verdienen, ist hier wie auf sämtlichen anderen Hütten durch das Verfahren von Sonntagschichten gegeben. In dem Tage, wo selbst das liebe Vieh im Stall bleibt, und sich ausruhen darf, da sollen unsere Hüttenleute sich einen wenigstens einigermaßen angängigen Lohn verdienen! Und unser Kaiser hat doch gesagt, er will, daß dem Volke die Religion erhalten bleibt. Nebenbei herrschen noch allerschwerere Verhältnisse. Die Gedingearbeiter beschweren sich, daß die Stunde (Wagen) nicht laufen, sich schwer stürzen lassen, so daß immer die Gefahr besteht, daß sich die Arbeiter ihre Finger abklemmen. Die Geleise sind nicht in Ordnung, die Drehscheibe führt den Namen zu Unrecht, denn sie läßt sich nicht drehen. Auch das eigenartige Alfordsystem gibt Anlaß zu Klagen. Der Alford wird

nämlich monatweise berechnet. Es wird weiter ge-
ragt, daß, wenn mehr Leute nötig sind, jüngere
Arbeiter an diese schwere Arbeit gestellt werden, die
ihre nicht gewachsen sind, so daß dann die älteren für
die jüngeren Leute mitarbeiten müssen. Es würde zu
weit führen, wollten wir die vielfachen berechtigten
Wünsche und Beschwerden einzeln aufzählen, die von
den Kollegen in der Kesselschmelze, am Kupfer-
blasenofen, in der Scheideanstalt, in der
Siederei und von den Bleiböttern und Sand-
werkern erhoben werden.

Es ist seitens der Bezirksleitung unseres Verban-
des an den Herrn Hüttendirektor das Ersuchen gerich-
tet worden, zur Vorbringung der Wünsche eine Unter-
redung zu gewähren. Da selbst der Chef des größten
und bedeutendsten fiskalischen Hüttenbetriebes hier
unbedenklich diesen vernünftigen Weg eingeschlagen,
so ist zu hoffen, daß auch in diesem Falle durch eine
mündliche Aussprache eine Regelung der Dinge erfol-
gen wird!

Aus dem Angeführten ersehen die Kollegen, daß
die Staatsbetriebe noch lange keine „Musterbetriebe“
sind. Möchten die in Frage kommenden Kollegen sich
daher bis auf den letzten Mann unserem christlichen
Metallarbeiterverbände anschließen, damit dann, ge-
stützt auf die Organisation, das Kaiserwort auch für
die Werke auf dem Harze zutrifft. Daher dürfen unsere
Kollegen nicht jammern und Klagen, sondern tüchtige
Mitglieder der Gewerkschaft werden, damit auch im
rauen kalten Harz das Wort des Dichters für die Ar-
beiter in den Staatsbetrieben wahr wird: „Es muß
doch Frühling werden.“ W. W.

Scharfmacher = Pläne.

Aus dem Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet
wird dem „Reich“ unter der Überschrift: „Die
Lage im Ruhrgebiet wird ernst“, folgendes
geschrieben:

Manche Großindustriellen versuchen mit immer
neuen Mitteln die Freizügigkeit und Verbesserung der
Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Be-
amten zu unterbinden. Wie die Bergarbeiterzeitung
mitteilte, enthält die letzte schwarze Liste des Rechen-
verbandes 5000 Namen. Ferner soll, wie das genannte
Blatt erzählt, auch die erste schwarze Liste für organi-
sierte Steiger zur Ausgabe gelangt sein. Daß man
ebenfalls in der Metall- und Hüttenindustrie von
Duisburg und Umgegend eine Art schwarze Listen
herausgibt, wurde vor einiger Zeit durch den christ-
lich-sozialen Metallarbeiterverband öffentlich nachge-
wiesen.

Wir sind in der Lage, von neuen Plänen der
rheinisch-westfälischen Industriellen berichten zu kön-
nen, die zurzeit in die Tat umgesetzt werden. Danach
werden von einer Zentralkasse aus Einheitspreise für
die verschiedenen Arbeiterkategorien festgesetzt, wo-
rüber hinaus kein Unternehmer entlohnbar darf. Damit
soll verhindert werden, daß Arbeiter ihre Arbeitsstelle
wechseln, um besseren Lohn zu verdienen. Wo also die
schwarze Liste nicht ausreicht, da setzt man dem Stre-
ben nach höherem Lohn und besseren Arbeitsver-
hältnissen Schranken durch die Festsetzung von Ein-
heitspreisen. Mit Hilfe dieses Mittels haben es die gut
organisierten Unternehmer natürlich in der Hand,
ihrerseits die Höhe des Lohnes allein zu bestimmen.
Und nach allen Erfahrungen der letzten Monate
wird man nicht erwarten dürfen, daß bei dieser Lohn-
festsetzung durch die Unternehmer über den ganzen
rheinisch-westfälischen Industriebezirk die Arbeiter be-
sonders gut stehen werden; im Gegenteil, ein Gerab-
büden der Löhne wird eintreten. Die Arbeiter, die
mit den vom Unternehmer diktierten Löhnen nicht zu-
frieden sind, können ja gehen — der Unternehmer
weiß, daß sie wiederkommen, da sie im ganzen Westen
infolge der rigorosen Lohnschraube der Industriellen
nicht mehr verdienen. Wer aber im Unwillen über
die Unternehmerwillkür ohne Kündigung seine Ar-
beitsstelle verläßt, kann sicher sein, daß er nirgends
in Arbeit kommt (die schwarze Liste ist ja da!), es sei
denn, er kehrt reumütig an die alte Arbeitsstelle zurück
und bittet seinen früheren Arbeitgeber, ihn wieder ein-
zustellen. Der wird es aber nur tun, sofern er nicht
bereits einen Ersatzmann hat.

Auch gegen die Beamten der rheinisch-west-
fälischen Großindustriellen bereitet sich ein Schlag vor.
Die erste schwarze Liste der industriellen Beamten-
schaft, vornehmlich der Bureauangestellten, soll zur
Ausgabe gelangen. Mit ihrer Hilfe wird den Be-
amten, die bisher schon meistens als gefügiges Werk-
zeug der Unternehmer galten, vollständig der Nacken
gebrochen. In einigen großen Betrieben hat man sich
bereits daran gewöhnt und in Zukunft wird es für
die Beamten heißen: Wem's nicht gefällt, der kann
gehen. Die Unternehmer sind solidarisch. Wer sich
„mißliebiger“ macht, kommt auf die schwarze Liste, wird
so lange ausgesperrt, bis er sich fügt. Rücksichtslos
wird jede „Unzufriedenheit“ bestraft.

„Mißliebiger“ werden in Zukunft natürlich alle
Beamtene sein, die einer Organisation angehören
oder noch einige eigene politische Meinung haben. Be-
dauerlicherweise haben sich auch die Kruppischen Werke

in Rheinhausen den oben geschilderten Maßnahmen
angehörig. Bemerkenswert sei noch, daß das schwarze
Listensystem im Saarrevier auf „mißliebige“ Beamte
ausgedehnt worden ist. Dasselbe geschieht schon ge-
wöhnlich in Bayern. Man hat es also mit einem
ganz planmäßigen Vorgehen der deutschen Großindu-
striellen auf der ganzen Linie zu tun.

Arbeiter und Beamten werden aus diesen Vor-
gängen hoffentlich lernen, nach Einigkeit zu streben
und ihre Organisationen zu stärken. Der Gewerksverein
christlicher Bergarbeiter bereitet bereits einen Massen-
protest gegen das schwarze Listen-Unwesen und an-
dere Koalitionsrechtsverletzungen an den Deutschen
Reichstag vor.

Soweit die Zuzufuhr im „Reich“. Mit der Fest-
setzung von Einheitslöhnen, über die kein Unter-
nehmer hinausgehen darf, betreten die Werksbesitzer
einen Weg, den sie bisher als das größte Hindernis
für den Abschluß von Tarifverträgen geltend machten.
Allerdings mit dem Unterschied, daß sie nach oben
eine Grenze ziehen, während die Arbeiter durch spon-
tane Arbeitsverträge eine Grenze nach unten fest-
legen wollen. Ob den unorganisierten Arbeitern im
rheinisch-westfälischen Industriegebiet nun bald die
Augen geöffnet werden?

Bezüglich des Sperrsystems hat unser Verband
schon anläßlich der am 11. August 1907 in Duisburg
stattgefundenen Hüttenarbeiter-Konferenz folgende
Resolution angenommen und dem Reichstag unter-
breitet:

„Die Konferenz der Hütten- und Walzwerksar-
beiter Deutschlands erhebt gegen das sogenannte
Sperrsystem, wie es seit langer Zeit in der Großindu-
strie in den Betriebsanlagen unter einander und
neuerdings zwischen den Arbeitgebern gegenseitig
durch Abmachungen eingeführt ist, ganz entschiedenen
Einspruch. Durch dieses Sperrsystem wird die Frei-
zügigkeit der einzelnen Arbeiter in ungezügelter Weise
eingeschränkt und die durch die Gewerbeordnung ge-
ganzlich freie Freiheit des Arbeitsvertrages illusorisch ge-
macht. Die Konferenz erwartet, da kaum anzunehmen
ist, daß die Unternehmer freiwillig diese Sperrmaß-
nahmen aufheben werden, daß seitens der Regierung
und Gesetzgebung hier Wandel geschaffen wird.“

Inzwischen ist das Bestehen solcher Sperrverträge
und der damit zusammenhängenden schwarzen Listen
authentisch nachgewiesen und die Arbeiterschaft muß
von der Gesetzgebung verlangen, daß dieser, gegen das
Gesetz und guten Sitten verstoßenden Praxis der
Unternehmer ein Riegel vorgehoben wird.

150 000 Mr. Almosen — 435 000 Lohnabzug.

In Saarabien, dem Lande der Hüttenherrschaft, versteht
man es, die Dummheit der Arbeiter in harte Mängel umzu-
setzen. Besondere Einrichtungen hierfür hat sich das Unter-
nehmertum geschaffen in Form von Almosenvereinen. Mit
tausend kleinen Schlägen, Drohungen, Entlassungen, schwar-
zen Listen einerseits und Freibier, Schinkenbrot, billige
Kartoffeln, bessere Pöstchen andererseits, werden die Ar-
beiter gegeneinander ausgespielt. Leider sind
bisheran nur ein geringer Teil der Hüttenarbeiter gegen
diese Mittel standhaft geblieben. Die große Mehrzahl lebt
in den Tag hinein, ohne zu fragen, was bringt der mor-
gige Tag?

Schuld an diesem Uebel ist an erster Stelle die über-
lange anstreifende Arbeitszeit, welche den Körper abstumpft
gegen bessere Einflüsse. Dann aber auch die Unbeständigkeit
und falsche Begehrlichkeit der Arbeiter, wozu nicht zuletzt
die „Erziehungs“arbeit der biden Trommel mitgewirkt hat.
Als im Jahre 1906 in Burbach einer großen Zahl Arbeiter
nach dem Streik Lohnerhöhungen bis zu 1 Mark pro Schicht
zuteil wurden, glaubten viele, das gute Herz des Arbeit-
gebers werde jetzt dauernd sorgen. Dann gab es, als aller
Verlockungen zum Trotz eine große Zahl Arbeiter der Or-
ganisation treu blieb, 150 000 Mark Almosen für die
Hüttenvereiner. Das zog, in anbeacht der jahrelangen
systematischen Erziehung zur Sklavenmoral. Als dann die
liebenswürdige Behandlung einzelner Vorgesetzten vielen
wieder die Augen öffnete, waren es gerade Almosenvereiner,
die unseren Kollegen zuredeten, sie möchten sorgen, daß „der
Verband sich einmal darum kümmern.“

Die Folgen der Feigheit der Unorganisierten blieben
nicht aus. Feig und krücker wurde getrieben, Ueber-
stunden, Ueberstunden usw. waren wieder an der Tages-
ordnung und die Hüttenleitung hatte ihren Willen — die
Arbeiter ja auch.

In diesem Jahre öffnete nun die Werksverwaltung
auf neue ihre mißtätige Hand und „schenkte“ den Al-
mosenvereiner wieder 150 000 Mark. Am 1. September
aber war an den Hüttenorten etwas anderes zu lesen:
Vom 15. ds. Mts. tritt ein Lohnabzug ein von 10 Prozent
für die Arbeiter mit 5 Mark und mehr, von 5 Prozent für
die, welche 4—5 Mark pro Schicht verdienen. Das hat
natürlich unter den gelben Hüttenknechten eingeschlagen wie
ein Donnerwetter. Die Almosenvereiner schritten grim-
mige Gesichter, nur die Gewerkschaftler sagten sich: So
mußte es kommen, denn die Mehrzahl will es
nicht besser!

Dieser Abzug erfolgt nicht aus Not, denn die Aktionäre
erhielten in den letzten Jahren 45 und 50 Prozent Di-
videnden. Wer sich aber die Mühe nicht einmal nach-
zurechnen, hat bald gefunden, daß Dr. Tille und seine
Freunde tüchtige Kaufleute sind. Rechnen wir:

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die Hütte nach dem
Bericht der Süddeutschen Eisen-Verufsgenossenschaft 4746
versicherungspflichtige Arbeiter. Zugunsten der Hütte ein-
mal niedrig gerechnet, verdienen hiervon:

1500 Mann mit 4,— Mrk. gleich	6000 000 Mrk.	0 %
1000 Mann mit 5,— Mrk. gleich	5000 000 Mrk.	5 %
1000 Mann mit 5,50 Mrk. gleich	5500 000 Mrk.	10 %
250 Mann mit 7,— Mrk. gleich	1750 000 Mrk.	10 %
10 % Abzug von 8 875 000 Mark gleich	887 500 Mark	
5 % Abzug von 1 850 000 Mark gleich	92 500 Mark	
Insgesamt pro Jahr an Abzügen	435 000 Mark	

Die staatliche Summe von 435 000 Mark heißt die
Hütte also ein durch den angefügten Abzug, 150 000 Mrk.
erhalten die Almosenvereiner, bleibt immer noch ein
hübsches Stämmchen „Kriegsgewinn“. Unsere Rechnung kann
keinen Anspruch auf Genauigkeit erheben, aber unanneh-
mbar für die Mächtigen treffen. Rechnen man dazu die
blühende Art, wie gegenwärtig in den einzelnen
Betrieben darauf los geschultet wird, so erhöht sich der
„Verdienst“ noch erheblich. Die Hütte soll durch diese Rech-
nung kein Vorwurf gemacht werden, denn zuguterletzt ist es
ja der Wille der Mehrzahl der Arbeiter gewesen. 1906
die Lohnerbhöhung war ihnen schon recht. Dann dachten
viele: die Verbandsbeiträge können wir jetzt sparen“ und
die Almosen wollen wir auch noch nehmen. Wenn daraus
heute eine solche Rechnung wird, so müssen die, welche
es angeht, uns zugeben, daß die treuen Verbandskollegen
das schon im Voraus gesagt haben.

Interessant aber ist dieses Ergebnis immerhin, und
den denkenden Arbeitern soll es eine Warnung sein. Al-
mosen werden heute von der Großindustrie nur dort ge-
geben, wo ein grandioses Geschäft damit gemacht
werden kann. Diejenigen Arbeiter, welche allen Ermahnun-
gen zum Trotz selbste helfen und ihren organisierten
Mitarbeitern den Kampf um die Besserung ihrer Lage über-
lassen, haben keinen Grund zum Klagen wenn es ihnen
schlecht geht. Die bittere rauhe Wirklichkeit zeigt auch
heute den Arbeitern in Saarabien, wohnt die Hütte geht.
Je länger die Hüttenarbeiter sich Almosen geben lassen und
die Verbandsbeiträge „sparen“, um so größer wird die
Summe, die ihnen als „Beitrag“ zum Fonds der Aktio-
näre „freiwillig“ abgezogen wird. Die Verbesserung der
Lage unserer Kollegen in den Hüttenwerken wird ebenso
wie in den anderen Industriezweigen nur das Werk dieser
Arbeiter selbst sein müssen. Darum, Kollegen,
überlegt einmal selbst, ob diese Hunderttausende
nicht allein durch die Schuld der Arbeiter verloren gehen.
435 000 Mark sind kein Pappenstiel. Der wirkliche Ver-
lust ist aber noch viel größer. Darum, lernt
daraus!

Gewerkschaftliches.

Der Zentralverband christlicher Maler und verwandter Berufe

hielt in den Tagen vom 20. bis 22. September im Pau-
lshause zu Düsseldorf seine vierte Generalversammlung
ab. Als Vertreter des Gesamtverbandes christ-
licher Gewerkschaften wohnte Generalsekretär Steger-
wald den Verhandlungen bei. Aus dem gedruckt vor-
liegenden Geschäftsberichte ist zu ersehen, daß der Ver-
band in der Berichtszeit trotz der schlechten Kon-
junktur wiederum Fortschritte gemacht hat. Die Mit-
gliederzahl ist um 886, von 2560 am 1. Juli 1908
auf 3446 Mitglieder am 1. Juli 1908 gestiegen. Die
Einnahmen haben sich gegenüber der letzten Berichts-
zeit verdoppelt und betragen 74 646,98 Mark. Vor-
nehmlich durch die vielen Lohnkämpfe, die der Ver-
band zu führen gezwungen war, sind auch die Aus-
gaben bedeutend gestiegen; sie betragen insgesamt
69 093,27 Mark.

Es waren 51 Lohnbewegungen mit 2309 beteilig-
ten Mitgliedern zu verzeichnen. Davon waren sieben
Streiks und 10 Aussperrungen mit 1192 Beteiligten.
In 15 Fällen war die Mehrzahl der Beteiligten christ-
lich organisiert. Die Lohnkämpfe waren fast alle
von Erfolg begleitet. An direkten Lohnerhöhungen
waren für die Mitglieder des Verbandes hierdurch
237 339 Mark zu verzeichnen, während an Arbeits-
zeitverkürzung 172 750 Stunden pro Jahr erreicht
wurden. Insgesamt blühte die Summe der Lohnver-
besserungen in den Jahren 1907 und 1908 gegen frü-
her rund 400 000 Mark betragen. Tarifverträge wur-
den in der Berichtszeit 36 abgeschlossen. Bemerkens-
wert in der Berichtszeit 33 abgeschlossen.

Die Generalversammlung befaßte sich mit einer
Revidierung des Statuts. Die Gewährung von Rechts-
schutz bei allen Streitigkeiten, die aus dem Arbeits-
verhältnis oder der Arbeiterversicherungsgesetzgebung
entstehen, wird beschloffen, ebenso die Erhöhung der
Freise- und Sterbeunterstützung. Zweck späterer Ein-
führung einer Arbeitslosenunterstützung wird der
Zentralvorstand mit der Erhebung von statistischem
Material als Grundlage hierzu beauftragt. Die Ge-
neralversammlung befaßte sich dann eingehend mit
der im Malergewerbe bestehenden Gefahr für Leben
und Gesundheit durch die Verwendung von Bleiweiß
und bleihaltigen Farben. Da die Verwen-
dung des Bleiweiß bei Innenarbeiten besonders
gefährlich und, wie die angestellten Versuche erge-
ben haben, dasselbe bei diesen Arbeiten vollständig
zu entbehren ist, fordert die Generalversammlung
von der Gesetzgebung ein vollständiges Verbot der
Verwendung von Bleiweiß bei Innenarbeiten.

Bei der Wahl des Vorstandes wurde der bishe-
rige erste Vorsitzende Melcher (Düsseldorf) wieder-
gewählt. Die Verhandlungen schlossen mit einem lan-
geren Schlußwort des Generalsekretärs Stegerwald
über die wirtschaftspolitische und kulturelle Bedeu-
tung der christlichen Gewerkschaften. Der christliche
Malerverband kann mit Begeisterung auf die Tagung
zurückblicken, die zweifellos zu seiner weiteren Stär-
kung beitragen wird.

Sie müssen

mit den christlichen Gewerkschaften rechnen, ob Sie wollen oder nicht. Die Sozialdemokraten nämlich. Selbst auf dem Münchberger Parteitag mußten sie diese ihnen unangenehme Tatsache eingestehen. Bei dem Kapitel „Maifest“ wandte sich Genosse Robert Schmidt gegen die Radikalen, die noch einen letzten, allerdings vergeblichen Versuch machten, die bankrotte Idee der Maifest wieder neu zu beleben, und hielt ihnen folgendes vor:

„Sie vergessen, daß wir in Deutschland keine einheitliche Arbeiterbewegung haben. Wir haben mit einer christlichen Gewerkschaftsbewegung zu rechnen, die leider im fortwährenden Verfall begriffen ist.“

Dieses Bekenntnis mag dem Genossen R. Schmidt nicht leicht und seinen Zuhörern höchst unangenehm gewesen sein. Aber nackte Tatsachen lassen sich weder durch Theorien, noch durch haltlose Phrasen aus der Welt schaffen. Und wie die christlichen Gewerkschaften den sozialdemokratischen Materialisten schon durch ihren wachsenden Einfluß unangenehm machen konnten, so werden sie auch noch andere Erziehungsbereitschaft an den Mängeln und Auswüchsen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu leisten haben, insbesondere den gewerkschaftsfeindlichen Materialismus unterbreiten helfen. Heute schon ist der Einfluß der christlichen auf die „freie“ Gewerkschaftsbewegung nach dieser Richtung hin deutlich erkennbar.

Vorstehenden Ausspruch Schmidts aber können unsere Agitatoren den praktischen Genossen unter die Nase halten, wenn sie in eigener Ueberzeugung von der „Bedeutungslosigkeit“ der christlichen Gewerkschaften ihr Sprichlein herlegen wollen.

Was lange währt . . .

Unser Mitglied, der frühere Schlosser, jetzt Lagerhalter der Genossenschaft „Eintracht“, Karl Feichtner, wurde im August 1906 vom Eisenwerk Krämer in St. Ingbert entlassen. Da Feichtner infolge langjähriger Mitgliedschaft bei der Pensionskasse des Eisenwerks ein Anrecht erworben hatte, wollte er seine Beiträge weiter bezahlen. Seitens der Kassenleitung wurde, als Feichtner seine Beiträge am 22. August 1906 bezahlen wollte, erklärt: „Es ist Sitte, Beiträge zu bezahlen, wenn das Betriebsjahr herum ist.“

Im November 1906 wußte der Kassenbeamte, Herr Alt, noch nicht, welche Beiträge Feichtner bezahlen sollte, da der Ausschuß noch darüber befinden mußte. Als dann in Friedersheim bei Duißburg die Firma Krupp am Gewerbeamt beurteilt wurde, einem Arbeiter die gezahlten Pensionsbeiträge herauszugeben, versuchte Feichtner abermals Bescheid zu erhalten, gleichzeitig forderte er die Freizugzahlung der Gelder. In einer Sitzung des Gewerbeamtes erklärte dann Herr Alt als Vertreter der Firma Krämer, die Beiträge würden nicht zurückgezahlt, Feichtner könne aber Mitglied bleiben.

Als Feichtner darauf abermals auf das Wort ging, um seine Beiträge zu bezahlen, wurde ihm der Bescheid: Herr Krämer müsse erst darüber gehört werden, ob er (Feichtner) Mitglied bleiben könne.

Mittlerweile sind nun zwei Jahre ins Land gegangen und der christlich-soziale Metallarbeiterverband hat energisch die Zustände in den Pensionskassen aufgedeckt. Zur Klärung der Sachlage wurden Prozesse für die Arbeiter geführt und gegen die Firma Krämer u. Cie. in Dillingen schwebt jetzt noch ein neuer Prozeß. Auch über die Kasse in St. Ingbert brachte „Der Deutsche Metallarbeiter“ in der Nummer 35 einen Artikel, der die Kasse in ihren Einrichtungen beleuchtete. Um nun eine endgültige Antwort in die zwei Jahre schwebende Pensionskassen-Angelegenheit Feichtners zu erhalten, frag unser Bezirksleiter am Samstag, den 29. August d. J. bei der Verwaltung der Kasse an. Herr Alt gab unserm Kollegen Wernerus die Antwort, daß am gleichen (Samstag) morgen dem Feichtner Bescheid gegeben werden sollte. Endlich kam dann der Bescheid. Er lautet dahingehend: „Feichtner kann Mitglied der Kasse bleiben, entweder zahlt er die Beiträge der vergangenen zwei Jahre nach, oder wenn ihm dieses zu viel ist, zahlt er von jetzt ab seine Beiträge unter Streichung der beiden Jahre.“ Soweit der Sachverhalt.

Wir wollen nicht unterfragen, ob das Wort erst unter dem Eindruck der Vorgänge auf dem Gebiete der Pensionskassenbewegung, sich zu diesem Schritt entschlossen hat.

Es ist zu begrüßen, daß ein solcher Bescheid dem Feichtner gegeben wurde, der dem Mann seine erworbenen Rechte nicht schmälert. Auch erlauben wir uns der Erwartung Ausdruck zu geben, daß im weiteren Verlauf der Pensionskassenbewegung die Leitung des Eisenwerkes Krämer den gerechten Forderungen der Arbeiter Rechnung trägt. Ein wirklicher Friede auf sozialem Gebiete ist nur da möglich, wo den Arbeitern ein den vernünftigen Grundsätzen entsprechendes Mitbestimmungsrecht auf den Arbeitsvertrag eingeräumt wird. Die energische Hilfeleistung des christlichen Metallarbeiterverbandes für diejenigen Arbeiter, welche mit Pensionskassen zu rechnen haben, möge allen die Augen öffnen. Hinein in den Verband, damit auch auf diesem Gebiete eine einige Arbeiterschaft mit Hilfe der Gesetzgebung die unwürdigen Zustände beseitigen hilft. Die christlichen Metallarbeiter haben die Wege schon geebnet.

Den „Berlinern“ ins Stammbuch.

Wie der „Mdn. Volksztg.“ aus Rom gemeldet wird, sind von französischer Seite Anfragen nach Rom gelangt, ob es Katholiken gestattet sei, an interkonfessionellen Veranstaltungen sozialer Natur mitzuwirken. Es handelt sich im vorliegenden Falle um die Beteiligung an den in Genf tagenden Versammlungen zur Bekämpfung der Prostitution und zur Hebung des Volkes der Ladenverkäufer. In beiden Organisationen finden Mitglieder Aufnahme ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Politik. Die Antwort von autoritatöser Seite lautete, daß die französischen Katholiken sich durchaus nicht weigern sollten, an solchen sogenannten neutralen sozialen Werken

mitzuarbeiten, daß sie aber für proportionelle Vertretung in diesen Organisationen Sorge tragen sollten.

Reichstagsabgeordneter Prälat Dr. Schäfer hat sich auf dem Stiftungsfeste der katholischen Arbeitervereine Münchens über die christlichen Gewerkschaften, nach einem Bericht des „Bayerischen Kurier“ (Nr. 269), wie folgt geäußert:

„Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften ergänzen sich gegenseitig, darum soll auch freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden bestehen. Das macht es gar nichts aus, daß die christlichen Gewerkschaften interkonfessionell sind, denn die Fragen des Arbeitslohnes, des Arbeitsvertrages und der Arbeitszeit sind in gleicher Weise wichtig für jeden Arbeiter, ob katholisch oder evangelisch. Im Gegenteil, ich begrüße, daß wir wenigstens ein großes Gebiet haben, wo vom Boden der christlichen Weltanschauung aus die Angehörigen verschiedener Konfessionen zusammenwirken. Ich begrüße es um so mehr angesichts der so beklagenswerten konfessionellen Zerrissenheit in unserem Vaterlande, daß gerade Arbeiter es sind, die in dieser Weise das Beispiel eines Zusammenwirkens auf christlicher Grundlage geben; es wäre zu wünschen, daß man auch anderwärts auf anderen Gebieten sich ein Beispiel daran nähme.“ (Langanhaltender Beifall.)

Trotz alledem werden die Berliner Fachabteilungsführer fortfahren, die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften als „Auskatholiken“ zu verächtigen und sie des Verrats der kirchlichen Treue zu bezichtigen. Für eine solche unchristliche Kampfweise gibt es keine parlamentarische Bezeichnung. Unbegreiflich ist es aber, wie einer der ersten Fachabteilungsführer, Hr. Dr. Kleischer, Mitglied der interkonfessionellen Zentrums-Partei sein kann. Eine politische Partei hat doch zweifellos viel mehr mit Kultur- und Religionsfragen zu tun wie eine Gewerkschaft! Und dennoch gehört der rassenreine konfessionelle Fachabteilungsschwärmer Mitglied einer interkonfessionellen politischen Partei an. Ist das kein „Verrat der kirchlichen Treue“? Warum denn hier keine klare und klare Abgabe? Da schweigen die „Berliner“ Stützen.

Die gelbe Beamtenorganisation

Ist nun perfekt geworden. Wie die gelben Werkvereine hat sie in Augsburg das Licht der Welt erblickt. Die leibliche und geistige Mutter — man könnte auch sagen: Nabenmutter — heißt Augsburger Maschinenfabrik. Wie die Tagespresse zu berichten wußte, stellten am 14. September die in der Maschinenfabrik Augsburg beschäftigten Kaufmännischen und technischen Angestellten, soweit sie aus ihren Organisationen ausgetreten sind, eine Versammlung ab, in welcher eine Resolution angenommen wurde, in der der Fabrikdirektion volles Vertrauen ausgesprochen wurde. Zugleich wurde das Vorgehen des Bundes technischer und industrieller Beamten scharf verurteilt und der Vorschlag gemacht, einen eigenen Verein zu gründen, der die guten Beziehungen zwischen Angestellten und Betriebsleitung zu wahren geeignet ist. Die Versammlung war von der Direktion der Maschinenfabrik angeregt und das Material bestand aus jenen Beamten, die ihr Koalitionsrecht an die Firma um schmalen Mannon verkauft haben. Die gelbe Fackel und Nährmutter Augsburger Maschinenfabrik kann somit ein neues Blatt in ihren gelben Ruhmeskranz einflechten.

Sauherdenton.

Die sozialdemokratische Metallarbeiter-Zeitung hat kürzlich ihr fünfundsanzwanzigjähriges Bestehen gefeiert und eine Festnummer herausgegeben. Ihre Nr. 39 ist aber keine Festnummer, sondern eine Schimpfnummer. Mehr wie fünf Spalten sind den bösen Christlichen gewidmet und einige der Kampfsprüche strotzen geradezu von albernen Phrasen und rohen Schimpfwörtern. Den christlichen Gewerkschaftsblättern, wie jedem anständigen Menschen ist es vollständig unmöglich, in demselben Tone zu antworten. Wir begnügen uns mit einer kleinen Blütenlese, um unsern Lesern zu zeigen, daß die „Met.-Ztg.“ sich in ihrem fünfundsanzwanzigjährigen Bestehen auch bezüglich der Tonart im „sozialistischen Geiste“ entwickelt hat. Die Schimpfanonaden von Dresden und Nürnberg sind nicht ohne Einfluß auf sie gewesen. In einer Korrespondenz „Aus Lothringen“ befinden sich u. a. Kraft- und Schimpfwörter folgende Stübchen:

- „Esel“ — „Sendboten des M.-Glabbacher Christentums“ — „christlichen Speck“ — „frommen Parletius“ — „liebliche Duft der christlichen Lohmittel“ — „hilfloses Herumzutischen des frommen Matthias auf seinem Söfenboden“ — „christliche Drachentöter“ — „christlichen Fallstabe“ — „tapfere Satuzenen“ — „mit rollenden Augen der Schredlichkeit, der Graf Pücker“ — „Blut der von den Sozialdemokraten erschlagenen Opfer riechen“ — „Pistolen und Posamentenengel“ — „Echaumschläger in Christo“ — „Die Hanswürste“ — „Gauern und Betrüger“ — „christlichen Gaunern“ — „Pücker-Engel“ — „angetrunkenen Sonnenbruder“ — „gurgelnden Geheul“ — „Generalfeldmarschälle des M.-Glabbacher Christentums“ — „Bajazzo“ u. s. f.

Fein, was? Und welche „Sachlichkeit“! Es muß sichtlich um eine Sache bestellt sein und der Haß schon zum krankhaften Fanatismus ausgeartet sein, wenn man den Gegner auf solche Art und Weise bekämpft. Dagegen läßt sich auch nicht ernsthaft polemisieren, für anständige Menschen genügt das Niedrighängen.

Aus dem Unternehmerlager.

Der Verein deutscher Eisengießereien hielt am 10. September und folgende Tage in Stuttgart seine 40. Hauptversammlung ab. Die Mitglie-

berzahl ist nach dem Geschäftsbericht auf 550 gestiegen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse hätten sich seit dem Vorjahr sehr verschlechtert. Das Rohisenjndium habe für die Eisereien wenig Wertandris gezeigt. Eine Besserung des Marktes sei erst von der Belebung des noch darniederliegenden Baugeschäftes zu erwarten. Die Generalversammlung beschäftigte sich dann mit dem gegenwärtig viel erörterten Plan der Gründung einer politischen Arbeiterberparte und nahm hierzu folgenden Beschluß an:

Der Verein deutscher Eisengießereien nimmt zur Frage der Gründung eines Bundes gewerblicher Arbeitgeber oder einer von anderer Seite vorgeschlagenen Industriepartei keine endgültige Stellung, solange nicht klar erkennbar ist, welche Form und welches Programm eine solche Vereinigung haben soll und haben kann. Es ist aber dringenden wünschenswert, eine vollkommenere Einigung der Industrie zur Vertretung der wirtschaftlichen und Unternehmer-Interessen herbeizuführen und diese sollte mit aller Entschiedenheit gefördert werden. Der Verein hält es ferner für notwendig, daß zwischen den Mitgliedern des Reichstages und der Einzelstände und der Industrie eine größere Fühlung anzubahnen ist, als das bisher der Fall war. Diese Fühlung und eine bessere Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Interessen der Industrie ist zu suchen durch eine vermehrte Anteilnahme der Industriellen am öffentlichen parteipolitischen Leben, durch die Heranziehung industrieller Sachverständiger zu den Beratungen der Ausschüsse der Parlamente und durch eine häufigere Einsetzung interparlamentarischer Ausschüsse.

Zum Kapitel: Arbeitskammern wurde ebenfalls Stellung genommen. Natürlich im ablehnenden Sinne. Der Geschäftsführer des Vereins, Dr. Brandt-Düsseldorf, besonte in seinem Jahresbericht es komme darauf an, ob man den Kampf um die Bedingungen des Arbeitsvertrages mit Hilfe der Arbeitskammern mildern könne. Diese Hoffnung sei nichtig, da man die Gewerkschaftsarbeit nicht durch die Arbeitskammern zu neutralisieren vermöge. Es komme auf die Verminderung oder Verhinderung von Streiks und Aussperrungen an, und da habe die Arbeitskammer keine Machtmittel, um den Frieden zu fördern, und wenn man ihr die notwendige Macht, um ihre Beschlüsse durchzusetzen, geben wollte, so zerstöre man die Grundlagen der Privatwirtschaft in Deutschland.

Zu dieser Frage wurde dann folgende Resolution angenommen:

Der Verein deutscher Eisengießereien kann nicht anerkennen, daß die Arbeitskammern den wirtschaftlichen Frieden zu fördern geeignet sind. Der am 4. Februar 1908 von der Reichsregierung veröffentlichte Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung solcher Kammern erweckt in vielen Punkten, nicht zum wenigsten in der Regelung der Kostenbedeckung die schwersten Bedenken. Der Verein muß diesen Gesetzentwurf daher ablehnen.

Das alte, bekannte Lied, das bis jetzt von allen Arbeitgebervereinigungen dem Gesetzentwurf über Arbeitskammern gesungen worden ist. Es erübrigt sich auch, zum so und sovielten Mal die Einwände der Unternehmer gegen diese Einrichtung zu wiederlegen. Offenlich werden Reichstag und Regierung den antisozialen Strömungen gegenüber standhaft bleiben und trotz alledem endlich das gegebene Kaiserwort einlösen, worauf die deutsche Arbeiterschaft nunmehr schon 17 Jahre gewartet hat.

Aus der Metallindustrie.

Ein Verband europäischer Emailierwerke.

Ist nun soviel wie gesichert. Wie der „Mh. Westf. Ztg.“ unterm 21. September d. J. aus Berlin berichtet wird, berieten an benanntem Tage die deutschen und österreichischen Emailierwerke die Satzungen für den Verband europäischer Emailierwerke und beschloßen, am 15. Oktober 1908 in Wien zur definitiven Begründung dieses Verbandes zusammenzutreten, welcher seine Tätigkeit am 1. Januar 1909 beginnen soll. Der Wiener Versammlung wird die verbesserte Exporterbandspreisliste zur Beschlußfassung vorgelegt werden. In der Zwischenzeit wird ein gemeinsamer Ausschlag von 5 Prozent auf die Nettoverkaufspreise erhoben, um dem Mißverhältnis zwischen den in der letzten Zeit gemachten Notierungen und Selbstkosten zu steuern.

Die Arbeiter der Emailierwerke sollten sich an diesem Organisationsseifer der Fabrikanten ein Beispiel nehmen und sich ebenfalls bis zum letzten Mann organisieren. Und sie das aber noch immer nicht, dann werden sie in Zukunft noch mehr wie bisher wehrlose Objekte dem eng koalitierten Unternehmertum gegenüber sein.

Opfer der Arbeit.

Königschütte. Auf dem Wäsenbornschacht kam am 27. September ein Monteur der Startföhrleitung zu nahe und wurde sofort getötet. Ein ihm beispriügender Kollege wurde derart verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Walstatt-Burbach (Saar). In der Walzerei der Burbacher Hütte drang am 19. September auf der Nachtschicht einem 21 Jahre alten Arbeiter ein glühender Eisenstab in die linke Brustseite, was den sofortigen Tod zur Folge hatte.

Sattingen. In der alten Eiserei der Heinschütte erlitt ein Fornermeister so schwere Verbrennungen, daß er bald darauf an den Folgen des Unfalls im Krankenhause verstarb.

Essen. In der Sackschendreherei der Firma Krupp getret am 25. September ein Dreher mit dem Namen zwischen dem Banntieren und die Stufen scheibe. Der Arm wurde mehrmals gebrochen.

Streits und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Lindlar Bez. Köln. Die Arbeiter der Feilenfabrik W. M. Klein stehen im Streit infolge von Abfordrungen von 10-15%.

Nachen. Bei der Firma J. C. & W. Rumpen, Nabelsabrik] stehen die Richter im Streit.

Plettenberg. Bei der Firma Carl Rheinländer, Stahlgabelsabrik und Gesenkschmiederei sind die Arbeiter ausgesperrt.

Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 4. Okt. 1908 der einundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. bis 11. Oktober fällig.

Die Arbeitslosen-Zählkarten müssen in der Zeit vom 1. bis 4. Oktober genau ausgefüllt an die Zentrale eingesandt werden.

Die Ortsgruppen Wilseln, Seilbrom und Ortsverwaltung Dortmund erhalten die Genehmigung zur Erhebung eines Wochenbeitrages von 70 Pfg.

Die Ortsgruppe Pforzheim zur Erhebung von 75 Pfg. für männliche und 35 Pfg. für weibliche und jugendliche Mitglieder.

Die Ortsgruppe Paderborn von 10 Pfg. monatlich und Braunschweig von 5 Pfg. wöchentlich.

Die Nichtzahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Die Aufnahmebescheinigung von allen neu eintretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden, sind genau ausgefüllt, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit einzusenden. Die Kassierer mögen dieses genau beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Die zum Militär einrückenden Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, sich ordnungsgemäß bei der zuständigen Ortsverwaltung abzumelden. Der Eintritt zum Militär wird im Mitgliedsbuch eingetragen. Während der militärischen Dienstzeit ruht die Mitgliedschaft und nach der Entlassung treten die Kollegen dann wieder in ihre alten Rechte ein. Es liegt in ihrem eigenen Interesse, die Abmeldung vor dem Eintritt und rechtzeitige Anmeldung bei der Entlassung vom Militär nicht zu versäumen.

Um Aufenthaltsangabe des Mitgliedes Ehr ist an J. E. N. e. w. e. i. n. Buch-Nr. 47 538, ersucht das Sekretariat für Südbayern München, Rindermarkt 14². Die Ortsgruppenvorstände, resp. Unterstützungsauswähler werden gewarnt, dem betr. Mitglied Unterstützung auszusenden oder sonstige Zuwendungen vom Verband zu machen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Aus dem Siegerland. Ein sonderbares Trio hat sich hier aus Anlass der bevorstehenden Gewerbevereinswahl im Kreise Altenkirchen zusammengeschlossen. Die vom „St. Berlin“, die Hirsch-Dunder und die Lokalverbändler haben sich nämlich vereinigt, um bei dieser Gelegenheit den gemeinsam gehaltenen christlichen Gewerkschaften ein auszumischen. Was die Gesellschaft im einzelnen nicht fertig bringt, soll durch diese Mischung möglich gemacht werden. Besonders hat es diesen Leuten ein Flugblatt angetan, das von seiten der christlichen Gewerkschaften zu der in Rede stehenden Gewerbevereinswahl herausgegeben wurde. Flugs wurde in Kirchen eine Versammlung anberaumt, um die Christlichen ob dieser Schandtat abzumischen. Paul Ziegler vom Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein war der Held des Tages; wie er auch sonst die Seele dieses sonderbaren Mischmaschs ist. Er verkündete seinen staunenden Zuhörern, daß nicht nur die Christlichen, sondern auch die Hirsche schon seit einigen Jahren die Errichtung eines Gewerbevereins für den Kreis Altenkirchen gefordert hätten. Daß wir dies in unserem Flugblatt nicht bemerkt hätten, erregte den Horn des „Gewaltigen“ ganz besonders. Auch darüber regte er sich auf, daß die christlichen Gewerkschaften es ablehnen, mit dem von ihm gebildeten Rubbelmuddel gemeinsame Sache zu machen und ihre eigenen Wege gehen.

Man kann ja schließlich den Horn Zieglers verstehen, weil die paar S.-D. im hiesigen Bezirk bei der Gewerbe-

vereinswahl vollständig bedeutungslos sind, und nun alles versucht wird, Kompromisse zu schließen, um nicht vollständig unter die Fäden zu kommen. Selbst die „Berliner“, von denen er „Regulator“ noch in seiner Nr. 22 1908 schrieb, daß dieselben ein Knüttel zwischen den Beinen der heutigen Arbeiterbewegung seien, sind den Siegerländer S.-D. gut genug, wenn nur etwas für sie dabei herauszuholen ist.

Die christlichen Gewerkschaften hatten in einer Konferenz in Weidbach beschloffen, bei dem Landrat vorstellig zu werden, um verschiedene Mängel bezüglich der Wahl zu beheben. Der Zufall wollte es, daß gerade zu der Zeit, wo Kollege Hirsch auf der Landratatur eintraf, um diesbezüglich mit dem Landrat zu verhandeln, auch die Vertreter des vorgenannten Trios daselbst in der gleichen Absicht erschienen waren. Die Verhandlungen wurden deshalb gemeinsam geführt, und wurden von sämtlichen Anwesenden fast dieselben Wünsche und Beschwerden vorgebracht.

Ziegler sucht nun die Sache so darzustellen, als wenn Hirsch erst gekommen wäre, als die Verhandlung zum größten Teil zu Ende geführt gewesen seien. Abgesehen davon, daß es vollständig gleichgültig ist, wann Hirsch mit dem Vertreter des Landrats verhandelte, weil derselbe ja im Auftrage der christlichen Gewerkschaften erschien, mithin also gar keine Ahnung von der Anwesenheit der vorgenannten Personen hatte, entspricht diese Darstellung auch nicht den Tatsachen. Auf die Frage des ersteren an den Vertreter des Landrats, was die Anwesenden bisher verhandelt hätten, wurde ihm erwidert, daß bisher über die Vermehrung der Wahllokale und die Verlegung derselben aus den Umkleelokal der Bürgermeisterei in öffentliche Lokale gesprochen sei. Das war alles, was beim Eintritt des Vertreters der christlichen Gewerkschaften vorgebracht war, und nachdem derselbe diese Punkte auch als Wünsche der christlichen Gewerkschaften bezeichnet hatte, wurde gemeinsam weiter verhandelt. Der Umstand, daß wir das Ergebnis dieser Verhandlung in dem erwähnten Flugblatt mitteilten, hat die armen Leute schon aus dem Häuschen gebracht. Besonders auch wohl deshalb, weil die christlichen Gewerkschaften die ersten waren, die die Arbeiter des hiesigen Kreises in Wort und Schrift über die Bedeutung der Gewerbevereinswahl aufklärten. Wir werden das auch weiter tun, wenn es auch den S.-D. und ihren „feinen“ Verbündeten noch recht oft unangenehm ist. Die Arbeiterschaft des hiesigen Kreises steht in ihrer größten Mehrzahl auf Seiten der christlichen Gewerkschaften, und wird am Wahltage die richtige Antwort auf das Liebeswerben dieses sonderbaren Trios geben, indem sie einmütig den Kandidaten der christlichen Gewerkschaften ihre Stimme giebt.

Langelsheim. Am Sonntag, den 20. September, hielt uns Kollege Kuhlmann-Wolfenbüttel einen Vortrag über die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften. Neben schilderte die Wirtschaftskrisen von früher und heute und verglich dazu die Wirkungen der Organisationen. In den 70er, 80er und 90er Jahren mußte die gesamte deutsche Arbeiterschaft den wirtschaftlichen Niedergang mit allen seinen Folgen über sich ergehen lassen, weil sie sich noch nicht zum Zusammenhaken, zur Organisation aufraffen konnten. Die letzten Krisen trafen die Arbeiter in wesentlich besserer Position. Diejenigen Kollegen, welche trotz ihrer schweren gesundheitsraubenden Arbeit noch nicht die Hoffnung an bessere Zeiten aufgegeben hatten, schlossen sich in Berufsverbände immer mehr und mehr zusammen und konnten dadurch ihre Lage bessern. Heute ist die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Kollegen bereits auf 2 1/2 Millionen gestiegen. Doch fehlt noch vieles in unserem Stande. Mit der Gleichberechtigung steht es zum Teil noch schlecht aus. Wer trägt die Schuld daran? Unsere gleichgültigen, lauen, nicht opferwilligen Kollegen, welche noch aus ihrem Schlafe aufgerüttelt werden müssen. Es muß ihnen noch klar gemacht werden, daß sie nicht nur willenlose Arbeitsmaschinen, sondern auch Menschen sind, welche die gleiche Berechtigung haben an den Kulturwerten unseres Vaterlandes, wie alle anderen Stände, teilzunehmen. Darum auf, Kollegen! Frisch ans Werk! Jeder sei ein tüchtiger Agitator für unsere Sache. Klärt die noch schlafenden Kollegen auf, auch über die künstlich aufgepöpelten gelben Vereine. Diese versuchen, die christlich und national denkende Arbeiterschaft zu zersplittern, im Interesse der Unternehmer. Wenn solche Vereine wirklich den christlichen und national geistig wären, so hätten sie genügend Platz in die auswärts strebenden, sich mächtig entwickelnden christlichen Gewerkschaften. Nein, sie sind Arbeiterzersplitterer und stehen gewöhnlich in Gefolgschaft einer der von Arbeitern nicht wohlgesimten politischen Parteien. Darum vorwärts, Kollegen, christliche Gewerkschaftler! Nach allen Kräften in die Agitation eingegriffen und die noch fernstehenden Kollegen zu treuen, fettesten christlichen Gewerkschaftlern gemacht. Vorwärts immer, rückwärts nimmer! das sei unser Losungswort. W. R.

Singen (Waden). Gleich nach Schluß des Verbandstages in München hatten wir die Freude, ein Mitglied des Hauptvorstandes, Kollegen Hirscher-Essen als Referenten in einer Versammlung zu hören. Zu dem Zweck hatten wir auf Samstag, den 12. September eine erweiterte Mitgliederversammlung in das Gasthaus zum Kreuz einberufen, wozu auch die Mitglieder der katholischen Vereine eingeladen waren. Der Referent behandelte das Thema: „Was lernen die Arbeiter aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise?“ Die äußerst lehrreichen Ausführungen des Referenten, die mit größter Aufmerksamkeit verfolgt wurden, fanden allseitigen lebhaften Beifall. Der Referent hatte den christlichen Arbeitern Singens so recht aus dem Herzen gesprochen.

Es soll und darf aber nicht bei dem Beifall am Schluß des Referats bleiben, sondern jetzt wollen wir nach besten Kräften die Ratschläge und Anregungen aus dem Vortrag zur praktischen Ausführung bringen. Erneute rühmliche Werbearbeit und erhöhte Opferwilligkeit soll das praktische Ergebnis der Versammlung sein. Noch viele Metallarbeiter hier in Singen stehen unseren Bestrebungen fremd und gleichgültig gegenüber. Sie müssen wir in den kommenden Monaten durch eine intensive Winter-agitation aufzurütteln und zu gewinnen suchen. Wenn jedes Mitglied unserer Zahlstelle auf seinem Platze ist und seine Pflicht tut, muß es bei uns vorwärts gehen. Nach dem gänzlichen Verlauf unserer Wünnchener Generalversammlung lebt die Begeisterung neu auf und diese Situation muß agitatorisch richtig ausgenutzt werden. Christ-

liche Metallarbeiter von Singen, seid Euch der Pflichten als organisierte Arbeiter bewusst und handelt danach.

Kohlsheld. Den Bericht über die Verhandlung der Münchener Generalversammlung nahm die gut besuchte Monatsversammlung der Ortsgruppe Kohlsheld am 20. September entgegen. Der Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Kollege Schleich, gab ein übersichtliches Bild über die Tagung. An seinen Ausführungen war besonders der Teil interessant, der über die Beratung der Anträge handelte. An der Hand eines umfangreichen statistischen Materials wies der Referent die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung nach. Durch die großen Ausgaben der letzten Jahre, besonders für die Erwerbslosenunterstützung, sei der Verband vor die Entscheidung gestellt worden, entweder die Beiträge zu erhöhen, oder die Leistungen herabzusetzen. Die Delegierten haben sich Kugelerweise für eine Erhöhung der Beiträge ausgesprochen. Sie haben sich von dem Gedanken leiten lassen, daß dieses im Interesse der Kollegen liegt.

Jetzt, zur Zeit der Krise fand manche unserer Kollegen arbeitslos. Sie haben kein anderes Einkommen, als die Unterstützung, die ihnen der Verband zahlt, und diese dürfte deshalb nicht gekürzt werden. Wollte der Verband aber auch für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen tätig sein, so bedürfte es dazu einer starken Kriegskasse. Und die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist die Hauptaufgabe der Organisation. Große Summen hat der Verband für Unterstützung bei Streiks, Maßregelungen und Erwerbslosigkeit in der Zeit seit der letzten Generalversammlung verausgabt. Aus diesen Erwägungen heraus haben die Delegierten einer Beitragserhöhung zugestimmt.

Nachdem der Referent kurz die anderen Verhandlungsgegenstände gestreift und versprochen, über die einzelnen Punkte besonders Referate zu erstatten, schloß er mit der Aufforderung, jetzt mit neuer Energie und frischer Kraft für die Ausbreitung und Stärkung unseres Verbandes tätig zu sein.

Wenngleich auch in der Diskussion von einzelnen Kollegen auf die Schwierigkeiten einer Beitragserhöhung hingewiesen wurde, so war es doch für den Vorstand erfreulich, daß in der langen Debatte auch nicht ein einziger Gegner gegen die Erhöhung sprach. Aus den Ausführungen der einzelnen Kollegen ging hervor, daß sich nur die Kollegen nicht für eine Beitragserhöhung erwidern können, die Zweck und Ziel unserer Bewegung nicht erfasst hätten. Der Verband könnte sich aber nicht in seinen Beschaffenheiten lassen von der Rücksicht auf diese zurückgebliebenen Kollegen. Vielmehr müsse er den Anforderungen, die die Zeit an ihn stellt, Rechnung tragen. Nicht auf die Summen, selber noch indifferenter Kollegen darf der Verband Rücksicht nehmen, sondern auf die Vorwärtsstrebenden.

Ein anderer Kollege machte geltend, daß die Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes schon längere Zeit die erhöhten Beiträge zahlen. Die arbeiteten auch nicht unter besseren Bedingungen und höheren Löhnen als unsere Kollegen. Unser Verband sowie auch unsere Kohlshelder Ortsgruppe sei noch immer eine der ersten gewesen, wenn es geht, für unsere Sache Opfer zu bringen. (Das gerät der Ortsgruppe Kohlsheld zur Ehre. Red.) Und auch jetzt werde unsere Ortsgruppe die Beitragserhöhung ohne Mitgliederverluste durchführen. Ein gesunder, fortschrittlicher Geist war es, von dem die Ausführungen aller Redner getragen waren.

Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Schleich gab er Auskunft auf verschiedene Anfragen bezüglich der Generalversammlung. Hierauf wurde die für unsere Ortsgruppe bedeutsame Versammlung geschlossen. Aufgabe und Pflicht der Kollegen ist es, das Gehörte zu beherzigen und in die Tat umzusetzen. Jeder Kollege muß überzeugt werden, daß die Beitragserhöhung im Interesse des Verbandes und somit auch in dem der Kollegen notwendig war. Unser Wahlspruch sei: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer.“ Hoch der christl. Metallarbeiterverband!

Soziale Wahlen.

Die Delegiertenwahl zur Ortskrankenkasse Mülhausen-Stadt und die Verhältniswahl

Das gerechteste Wahlverfahren zu den sozialen Institutionen (Krankenkassen, Gewerbevereinen und dergleichen), ist unstreitig die Verhältniswahl. Nach letzterer erhält jede sich an der Wahl beteiligende Organisation oder Vereinigung eine der ausgebrachten Stimmenzahl entsprechende Vertretung. Damit kommt auch die Minderheit zum Wort. Außerdem verbürgt die Minderheit verschiedene Richtungen eine genaue gegenseitige Kontrolle, die nur zum Nutzen der betreffenden Institutionen sein kann. Diese Gedanken waren es, die das Mülhäuser christl. Gewerkschaftskartell vor einiger Zeit veranlaßten, beim Vorstand der Ortskrankenkasse Mülhausen-Stadt die Einführung der Verhältniswahl zu beantragen. Dieser erklärte, ohne auch nur den geringsten Versuch zur Verwirklichung des Antrages gemacht zu haben, letzterer sei zu spät eingereicht worden. Tatsächlich suchte man mit dieser Ausrede allem Anschein nach nur seine Gewerkschaft gegenüber der Verhältniswahl zu verdecken. Die Mülhäuser Genossen wollen von letzterer überhaupt nicht wissen. Hervorragende sozialdemokratische Gewerkschaftsführer sprachen sich in der „Mülhäuser Volkszeitung“ (sozial. Organ) offen gegen dieselbe aus. Die „Mülhäuser Volkszeitung“ selbst trat zwar vorerst für die Verhältniswahl ein und verlangte, daß die Kandidaten der sozialdemokratischen Liste wenigstens die Verpflichtung statutarisch festzulegen. Doch wurde dem nicht stattgegeben. Sowohl der sozialdemokratische Wahlverein, wie auch das sozialdemokratische Gewerkschaftskartell, die beide zu dieser Frage Stellung nahmen, drückten sich um die ganze Sache herum, wie eine Kage um den heißen Brei. Man will eben der Minderheit freiwillig keine Vertretung in der Ortskrankenkasse erlauben.

Demgegenüber ist es interessant feststellen zu können, daß eine Konferenz der Gewerbevereinsmitglieder aus dem Arbeiterstande, die dem kürzlich stattgefundenen Verbandstage deutscher Gewerbe- und Kaufmannsvereine vorausging, eine Resolution annahm, nach welcher die Konferenz erklärt, daß sie grundsätzlich auf dem Standpunkt der Verhältnis-

Wahl steht, und die Konferenzteilnehmer sich verpflichten, falls an sie der Antrag auf Einführung der Proportionalwahl gestellt wird, für dieselbe einzutreten.

In dieser Konferenz nahmen auch eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Gewerbetreibender teil. Die Müllhäuser Genossen haben es noch nicht vermocht, sich diesen Gerechtigkeitsfragen dem Gegner gegenüber zu eigen zu machen. Obgenannter Beschluss gab denn auch dem angesehenen sozialdemokratischen Kommunalpolitiker Dr. Hugo Lindemann Anlaß zu einer mehr wie berechtigten Kritik über die bisherige Haltung seiner Parteigenossen in der Frage der Verhältniswahl. Derselbe bemerkte laut „Soz. Praxis“ in der „Frankf. Tagespost“:

„Man erklärte sich zwar grundsätzlich für die Proportionalwahl, verlangte aber ihre allgemeine Einführung und lehnte sie im Einzelfall ab. Ganz sicher ein widerspruchsvolles Verhalten, das den Gegnern willkommenen Anlaß gibt, die Echtheit der Liebe für die Proportionalwahl zu bezweifeln. Es freilich nur hat man nun auf der genannten Konferenz in Jena den unsers Gratzens allein richtigen Standpunkt eingenommen, die Proportionalwahl nicht nur theoretisch zu fordern, sondern auch für ihre Einführung im einzelnen Falle einzutreten. Der Referent über diese Frage, wie auch eine große Anzahl von Diskussionsrednern sprachen sich allgemein für die Einführung der Proportionalwahl aus, nicht nur „auch wenn“ dadurch der Minderheit eine Verteilung verschafft würde, sondern vielmehr „damit“ sie die ihr zukommende Zahl von Vertretern erhalte. Das ist ein erfreulicher Fortschritt, in dem die wachsende politische Reife zum Ausdruck kommt. Das bisherige ablehnende Verhalten gegen die Einführung der Proportionalwahl im einzelnen Falle hat sie niemals aufzuhalten gewußt, sicherlich aber die allgemeine gesetzliche Durchführung der Proportionalwahl nicht gefördert. Es liegt auf der Hand, daß dieser Fortschritt um so schneller erreicht wird, je größer die Zahl der Gewerbetreibenden ist, bei denen sie schon zur Einführung gelangt ist.“

Das hier vom Herrn Dr. Lindemann bezüglich der Verhältniswahl zu den Gewerbetreibenden Gesagte, trifft voll und ganz auch auf die Krankenkassen zu. Seine Kritik bedeutet barium auch eine moralische Ohrfeige für die Müllhäuser Parteigenossen. Wirten wird sie allerdings nichts. Da die Müllhäuser Genossen so halbstarrig an ihrer Meluherrschafft festhalten, haben die nichtsozialdemokratischen Mitglieder der Ortskrankenkasse alle Veranlassung, sich vollständig an der am 3. und 4. Oktober stattfindenden Delegiertenwahl zu beteiligen und ihre Stimme für jene Liste abzugeben, die das Müllhäuser christl. Gewerkschaftskartell gemeinsam mit anderen Korporationen herausgibt. Die Kandidaten dieser Liste haben sich verpflichtet, im Falle ihrer Wahl, die Verhältniswahl einzuführen.

Soziales.

Mietschiedsgericht.

Streitigkeiten aus dem Mietverhältnis gehören namentlich in den größeren Städten zu einer ständigen Erscheinung und beschäftigen auch oft die Gerichte. Um solche Mietstreitigkeiten und Prozesse zu verhindern oder wenigstens wesentlich einzuschränken, ist seit zwei Jahren in Solingen eine Einrichtung getroffen worden, die sich bisher sehr günstig entwickelt hat; durch Übereinkommen zwischen dem Haus- und Grundbesitzerverein und dem Mieterverein wurde ein Schiedsgericht für Mietstreitigkeiten eingesetzt, vor welches nach einer in den Mietkontrakten aufgenommenen Klausel alle Streitigkeiten gebracht werden müssen. Erst wenn das Schiedsgericht keine Einigung zwischen den Parteien erreicht hat und dies schriftlich bestätigt, kann eine Klage bei dem ordentlichen Gericht eingereicht werden. Durch dieses Schiedsgericht in Wohnungsangelegenheiten ist eine wesentliche Verminderung der Prozesse erreicht worden und zugleich wurde zwischen Vermietern und Mietern ein besseres Verhältnis hergestellt. Solche Mietschiedsgerichte lassen sich auch in anderen Orten zum Vorteil von Hausbesitzern und Mietern einrichten.

Gewerbliches Schiedsgericht in England.

Der Präsident des Handelsamtes, Mr. Winston Churchill, beabsichtigt ein stehendes Schiedsgericht zu schaffen, dem Arbeitsstreitigkeiten zur Entscheidung vorgelegt werden können. Dieser Gerichtshof wird aus Vertretern der Unternehmer und Arbeiter bestehen, mit einer dritten Gruppe von Unparteiischen, die als Vorsitzende dienen würden. Der Vorsitzende des Handelsamtes betont in seiner Bekanntmachung, daß er sofort mit Bildung dieses Schiedsgerichtes vorgehen werde, da eine neue Gesetzgebung dafür nicht erforderlich sei. Der Gerichtshof, der überall dort tagen wird, wo es wünschenswert erscheint, soll aus drei bis fünf Mitgliedern, die für ihre Arbeit entschädigt werden, bestehen. Mr. Churchill hofft, daß die gleichstarke Beteiligung der Schiedsrichterstellen durch Unternehmer und Arbeiter dazu dienen werde, den Arbeitern größeres Vertrauen zu Schiedsgerichten zu geben. Eine fortwährende Neubesezung der Stellen soll verhindern, daß das Schiedsgericht durch irgendeine Entscheidung unpopulär werden kann.

Der Zentralverband der deutschen Ortskrankenkassen

bleibt vom 2.-11. August in Braunschweig seine 15. Jahresversammlung abzuhalten. Die von 10 Tagen in Frankfurt a. M. geplante Herbstversammlung gegenwärtig zum 27. Oktober

mit 3521 000 Mitgliedern. Die diesjährige Tagung erweckte aus dem Grunde kein übergroßes allgemeines Interesse, weil der kürzlich in Berlin abgehaltene Krankenkassentag ein großen Teil des aktuellen Berichtsstoffes weggenommen hatte. Bei der Erläuterung des gerichtsberichtigten Geschäftsberichtes kam der Vorsitzende Bräutigam-Dresden auch auf den Zweck des Verbandes zu sprechen. Derselbe besteht darin, die Krankenversicherung auf eine höhere Stufe der Entwicklung zu bringen. Der Verband habe in seinen Bestrebungen auch schon gute Erfolge zu verzeichnen. Ueber die zwecks Vorbereitung einer Krankenkassenreform im Reichsamt des Innern stattgehabte Konferenz kann kein ausführlicher Bericht erstattet werden, da den Teilnehmern Stillschweigen auferlegt ist. Der Vorsitzende teilt aber bezüglich der Reformfrage mit, daß bei der Reform ein bestimmtes Rechtssystem gesetzlich nicht vorgeschrieben werden soll, doch würden Einigungs- und Schiedsinstanzen vorgesehen. Nach Äußerungen von verschiedenen Seiten dürfte man bei der Revision für die Selbstverwaltung nicht viel Gutes erwarten. Sobald Genaueres über evtl. Verschlechterungen vorliegt, soll eine allgemeine Protestbewegung einsehen.

Von den Verhandlungsgegenständen mögen die zwei hauptsächlichsten hier Erwähnung finden. Ueber „Gewerbetreibendheit und Betriebsunfall“ sprach Prof. Dr. E. Franke-Berlin. Er ging von dem Gedanken aus, daß Gewerbetreibendheit und Betriebsunfall ihrer Entstehung und ihrem Wesen nach grundverschieden seien, und daher auch in der Versicherungsgegebung eine getrennte Behandlung erforderlich sei. Aufgabe von Wissenschaft und Praxis solle es sein, das gleichwohl noch zwischen beiden vorhandene Grenzgebiet, auf dem eine Unterscheidung schwierig sei, zu klären und möglichst einzuschränken. Zum Zwecke einer möglichst guten Lösung dieser Fragen machte der Referent eine große Anzahl von Reformvorschlägen. Entgegen dem Standpunkt des Referenten wurde in der Diskussion die Ansicht vertreten, daß Gewerbetreibendheit und Betriebsunfall äußerst schwer auseinander zu halten seien und deshalb gleicherweise als Folgen der Betriebsstätigkeit anzusehen seien. Die Versicherungsgegebung müsse deshalb beide gleichmäßig behandeln. Die im Sinne der Diskussionsredner abgeänderten Beisätze fanden schließlich mit großer Mehrheit Annahme.

„Die Verhältniswahl bei den Krankenkassen“ behandelte Pollender-Leipzig. Redner ist im Prinzip für die Einführung der Verhältniswahl, jedoch müßte dieselbe obligatorisch sein. Folgende Beisätze fanden zu diesem Punkte die Zustimmung der Versammlung: „Das System der Verhältniswahl ist das gerechteste und deshalb seine allgemeine Einführung durch genügende gesetzliche Bestimmungen anzustreben, da die Verhältniswahl unter der heutigen Fassung des Krankenversicherungsgesetzes als unzulässig angesehen wird, weil bei ihr nicht diejenige Freiheit und Geheimheit besteht, die § 37 Abs. 3 des Gesetzes gewährleistet. Das preussische Verwaltungsgericht erachtet in der für die Verhältniswahl notwendigen Aufstellung der Kandidatenlisten und deren Einreichung an die die Wahl leitende Stelle eine unzulässige Beeinträchtigung der Wahlfreiheit, weil wenigstens eine Anzahl von Wahlberechtigten von vornherein gezwungen ist, durch Aufstellung, Unterzeichnung und Einreichung einer Vorschlagsliste öffentlich zu bekunden, wen sie wählen wollen, und damit wenigstens für sich auf die Geheimheit der Wahl zu verzichten. Danach hat die Einführung der Verhältniswahl bei den Krankenkassen eine Milderung des Krankenversicherungsgesetzes zur Voraussetzung.“

Briefkasten der Verbandsleitung.

An verschiedene Antrager. Denjenigen Kollegen, welche die höchste Beitragsklasse von 90 Pfg. pro Woche bezahlen, wird ihre seitherige Mitgliedschaft in der Höhe der wöchentlichen Unterstützung angerechnet und fangen nach Ablauf eines Jahres nicht mit 6 Mark pro Woche an, sondern mit der Summe, welche gemäß der Länge ihrer Mitgliedschaft ihnen zusteht, z. B. bei einjähriger Mitgliedschaft 6, bei zweijähriger 7, bei dreijähriger 8 Mk. usw. bis zum Höchstjahre von 10 Mk. pro Woche. Im anderen Falle wären sie ja zurückgesetzt gegenüber denjenigen, welche in der 60 Pfg.-Klasse verblieben wären. Also jedem das Seine. Mögen nur recht viele Kollegen von der 90 Pfg.-Klasse Gebrauch machen. Jugendliche und weibliche Mitglieder zahlen auch in der 90 Pfg.-Klasse die Hälfte der Beiträge, 45 Pfg. pro Woche, und erhalten dann dementsprechend die erhöhten Unterstützungen. Wieher.

Versammlungs-Kalender.

- Ohne zwingenden Grund wird ein pflichtbewusster Gewerkschaftler in keiner Versammlung fehlen.
Soholt. Sonntag, den 3. Oktober, morgens 11 1/2 Uhr bei Franz Spang Versammlung.
Dortmund. Samstag, den 3. Oktober, abends 9 Uhr, Mitgliederversammlung im christlichen Gewerkschaftshaus, Brüderstraße 7. Auch die Frauen sind zu dieser Versammlung aufs freundlichste eingeladen.
Dortmund. Sonntag, den 4. Oktober, vorm. 11 Uhr, öffentliche Versammlung im evangelischen Bürgerhaus, Kampstr. 1. Referent: Gewerkschaftssekretär Aug. Oberhoffel-Oberhausen.
Dortmund. (Kleingewerbe.) Mittwoch, den 7. Okt., abends 8 1/2 Uhr Versammlung im christlichen Gewerkschaftshaus.
Dortmund. (Bezirk Hück.) Sonntag, den 4. Oktober, vorm. 11 Uhr Versammlung im Restaurant Kondordia, Dorfplatz.
Dortmund-Bez. Sonntag, den 4. Oktober, vorm. 11 Uhr, Versammlung bei Erwerbdingmann.
Duisburg-Großenbaum. Sonntag, den 4. Okt. vorm. 11 Uhr bei Hömer.
Durlach. Sonntag, den 4. Okt., nachmittags 3 Uhr, im Lannhäuser, außerordentliche Mitgliederversammlung.
Düren. Sonntag, 11. Oktober Versammlung mit Vortrag im Lokale Johr, Koltdorf.

Essen. Schlosser und Schmiede des Kleingewerbe. Samstag, den 3. Oktober abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße.

- Essen-Steels. Sonntag, den 4. Oktober vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Honigs, Chausseestraße.
Essen-Nord-Ost. Sonntag, den 4. Oktober vorm. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Eiseler, Veufstraße.
Stettin. Sonntag, den 4. Oktober, nachm. 5 Uhr Versammlung bei Schulkowski.
Essen (Klempner). Sonntag, den 4. Oktober vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus Frohnhauserstraße.
Essen, Dellwig. Sonntag, den 4. Oktober nachmittags 5 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Postlat, Sternstraße. Referent: A. K. K. K.
Essen-Polsterhausen. Sonntag, den 4. Oktober vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Buchner, Gobeisenstraße.
Essen-Altendorf. Sonntag, den 4. Oktober abends 8 Uhr Neuzuteilungsfeier bei Wink, Altendorferstraße.
Eisenach. Nächste Versammlung am 10. Oktober im Vereinslokal.
Geisenkirchen-Nienstadt. Samstag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr Versammlung mit Frauen und nachfolgender Neuzuteilungsfeier bei Vincenauer, Dessauerstraße.
Geisenkirchen-Hüllen. Sonntag, den 4. Oktober, vorm. 11 Uhr bei Nachbarschulte.
Geisweid. Samstag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung mit Vortrag im Vereinslokal Schäfer.
Geisenkirchen-Kleingewerbe. Freitag, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr bei Dirks.
Gießlingen. Am 2. Oktober, abends 8 Uhr Versammlung im Vereinslokal.
Hamburg. Vom 1. Oktober an wohnt unser Kassierer Kollege Kwiakowski 1. Am Brunnenhof 34 II. Stg. Altona-Hamburg.
Hamm-Ortsverwaltung. Sonntag, den 4. Oktober nachmittags 5 Uhr außerordentliche General-Versammlung im Verkehrslokal Feidicht. 24. Die Kollegen von allen Sektionen müssen erscheinen. Bericht vom Verbandsstag.
Karlsruhe. Samstag, den 3. Oktober Versammlung im Promenadenhaus, Kaiseralle Nr. 18. Referent Kollege Thelen Mannheim.
Lippstadt. Samstag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Verbandsstag durch Kollegen Weinbrenner.
Meiden-Ortsverwaltung. Sonntag, 4. Oktober morgens 11 Uhr außerordentliche General-Versammlung. Bericht vom Verbandsstag.
München. Samstag, den 3. Oktober abends 8 Uhr im Kollergarten Versammlung mit Neuzuteilungsfeier. Vortrag des Kollegen Kistler.
Neheim. Sonntag, den 4. Okt. nachmittags 1 1/2 Uhr außerordentliche Generalversammlung im Zentralhof.
Nürnberg. Samstag, den 3. Okt., abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im gold. Schwan. „Bericht der Delegierten“ von der Generalversammlung. — Samstag, den 10. Okt., abends 8 Uhr, Bezirksversammlung. Neuhau. Harmonie, Gladenhofstr. 42.
Agitationbezirk Nürnberg. Das Sekretariat wurde ab 5. Oktober von der Zuchterstraße 9 nach der Köhnstraße 9 verlegt.
Ortsverwaltung Neheim. Sonntag, den 11. Okt. finden öffentliche Versammlungen statt, um 11 1/2 Uhr im Lokale Happe zu Bruchhausen — 3 1/2 Uhr im Gesellenhause zu Neheim — 6 1/2 Uhr im Gesellenhause zu Hüsten. Als Redner sind gewonnen Frau Werbach und Bezirksleiter Weinbrenner-Hamm. Kollegen sorgt für Massenbesuch.
Oberhausen-Frintrop. Sonntag, d. 4. Okt. vorm. 11 1/2 Uhr im Lokale Rork Oberhauserstr. Mitglieder-Versammlung Vortrag des Kollegen Niehl aus Mainz.
Oberhausen. Sonntag, d. 11. Okt. vorm. 11 Uhr bei Dehler Mitglieder-Versammlung Vortrag des Koll. Niehl aus Mainz.
Oelde. Samstag, den 3. Okt. abends 8 1/2 Uhr außerordentliche Generalversammlung bei Sommer. Feststellung der Staffelleistungen, Bericht von der Generalversammlung. Referent Weinbrenner.
Oßberg. Sonntag, 11. Oktober, nachm. 4 Uhr Versammlung bei Joh. Heßmann Bigge. Beschlusfassung über die Erhebung eines Lokalaufschlags.
Schuffenried. Sonntag, den 4. Oktober, nachmittags 3 Uhr im Lokal zum „Oben Bräuhaus“ Festversammlung. Referent Kollege Kollrat.
Unterföcken. Sonntag, 11. Okt. nachm. 3 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale „Hirsch“.
Weber. Sonntag, den 4. Oktober vorm. 10 Uhr Generalversammlung und Berichterstattung von der Generalversammlung in München.

Für eine Stadt im Ruhrgebiet werden tüchtige Klempner und Installateure gesucht.

Meldungen sind möglichst bald an die Zentralgeschäftsstelle des Verbandes zu richten.

Klempner und Installateure

- flugsattel :: :: :: Pakete
Eintrittskarten :: Mitgliedskarten
Programme :: :: Liedertexte
Statut-Abdrücke, überhaupt alle
Vereins- und Privat-Drucksachen
Liefen wir in kürzester Zeit, auf Wunsch innerhalb eines Arbeitstages. Billigste Berechnung. Prompte Zufendung per Postpaket
:: :: Genossenschaftsdruckerei :: ::
Ehe vom Niederrhein, Duisburg.